

Eine Chronologie der systematischen Ausnahme Deutschlands und der Deutschen

Entnahme aus <http://sklaven-ohne-ketten.blogspot.com/2009/03/die-deutsche-ursache-der-weltweiten.html> unter dem Titel:

Die deutsche Ursache der weltweiten Finanzkrise

Um die wirtschaftliche und **finanzielle Situation Deutschlands** heute zu verstehen, muss man zur Situation **Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkrieges** zurückkehren. **Die USA sahen Deutschland damals als einen Konkurrenten auf dem Weltmarkt**, auf den man aufpassen muss, damit er nicht technologisch überholt oder zu viele Ressourcen verbraucht. **Deutschland** interessierte die **USA** in erster Linie als Militärstützpunkt, **als Geldlieferant**, als Risikoversicherer und als Workshop für bestimmte Produkte.



Abb. 33: Das Segelschulschiff „Eagle“, ein Schwesterschiff der **Gorch Fock**, 1936 bei Blohm & Voss in Hamburg gebaut, wurde **1946 von den Amerikanern als Reparation konfisziert** dient es auch heute noch der amerikanischen Coast Guard. **Das Herumsegeln mit konfisziertem Eigentum ist typisch für die USA.**

Der zweite Weltkrieg kostete Deutschland etwa **5 Millionen Todesopfer**, 90 Mio Deutsche hatten aber überlebt. Viele Gebäude waren ruiniert, aber tausende von Firmen waren doch noch vorhanden, und viele Firmen hatten rechtzeitig wichtige Produktionsgüter für den Wiederaufbau nach dem Krieg in Sicherheit gebracht.

Mit dem Ende der Kriegshandlungen war das Leid für die deutsche Bevölkerung nun aber keineswegs zu Ende. Deutschland war soweit nur als Beute erlegt, das eigentliche Ausbluten und Schlachten begann zu diesem Zeitpunkt aber erst – und hält bis auf den heutigen Tag an. **Es begann mit einfachen Plünderungen**, und hat mit den feindlichen Firmenübernahmen durch **Heuschrecken-Fonds** und den US-Schrott-Immobilien für **deutsche Sparer bis heute noch nicht geendet.**

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs verbrachten die Alliierten alles was Wert hatte aus Deutschland, alle Schiffe, Flugzeuge und ganze Fabriken. Unter dem **Militärgesetz Nr. 52** der alliierten Militärregierung war die **Konzernzerschlagung** und die direkte Demontage vorgesehen.[\[1\]](#)

Aus dem Deutschen Patentamt in Berlin wurden **347.000 Patentschriften erbeutet**, und die New York Times **berichtete 1947 stolz**, diese seien **Billionen Dollar wert**.[\[2\]](#)



Die Amerikaner nutzten und lizenzierten diese Patente fortan selbst. Als die Amerikaner Deutschland 1952 mit dem **Marshallplan** und **1,4 Mrd \$ „förderten“**, erwarben sie mit dem Geld deutsche Betriebe und kauften Aktienmajoritäten. Auch in den noch an den Kriegsfolgen leidenden umliegenden europäischen Ländern erwarben sich die Amerikaner mit den ca. 13 Mrd \$ Fördergeldern des Marshallplans (3,1 Mrd \$ für England, 2,6 Mrd \$ für Frankreich, usw.) viele Anteile. Der russische Außenminister Molotow nannte den Marshallplan deswegen ein Instrument zur **Versklavung Europas**. Man überzog Europa mit einem Netzwerk wirtschaftlicher Einflussnahme.[\[3\]](#)

Auch **1959** noch hielt in Deutschland die Konzernzerschlagung und direkte Demontage an. Die wichtigsten deutschen Industrien werden seitdem von den **Amerikanern praktisch beherrscht**. Größere Firmen durften nach dem Krieg nur mit maßgeblicher alliierter Beteiligung den Betrieb wieder aufnehmen. Zum Vergleich ist es in Russland ausländischen Investoren weitgehend untersagt, mehr als 50 Prozent an einer Firma zu besitzen.[\[4\]](#)

Bis **1963 gehörten den Amerikanern 700 deutsche Firmen**, **2004 waren es schon 2.600**,[\[5\]](#) und **2007** waren über die **Hälfte der DAX-Konzerne** und 20% aller deutschen Aktien in ausländischem Besitz.[\[6\]](#) Und die Übernahme geht immer noch weiter: Gerade hat die amerikanische **KKR die deutsche Demag**, den Triebwerkhersteller MTU und das Duale System gekauft, **Flowers und Texas Pacific wollen die Berliner Bank kaufen**, Nomura will **kommunale Wohnungsunternehmen**, **Blackstone** sucht in der **Abfallbranche**. Internationale Verträge sorgen dafür, dass Amerikaner deutsche Firmen erwerben und die **Gewinne in die USA** verbringen dürfen.

Opel hat so nie einen Pfennig oder Cent Steuern in Deutschland gezahlt, da die Gewinne stets an **GM in den USA** abgeführt wurden. **Die GM-Verluste wurden aber nach Deutschland ausgelagert und hier von der Steuer abgesetzt**, so daß die deutsche Steuerzahler bereits Milliarden an GM bezahlt haben.



[7] **2003** kamen dann die **US-Hedgefonds**, um die Firmenübernahme weiter zu beschleunigen. Eine Juristin der Investmentbranche formulierte 2003 mit einem eigenen Schreibtisch im **Finanzministerium das Gesetz** mit, welches den **US-Hedgefonds** den Weg auf den deutschen Markt ebnete.[8] Und es ist für die USA nicht schwer, Firmen in Deutschland und das ganze Land zu kaufen, weil ihre **Federal Reserve Bank** einfach soviel Geld druckt, wie dafür gebraucht wird, während Deutschland seine **Geldruck-Hoheit** an die **Europäische Zentralbank** abgegeben hat und sich deswegen nicht finanziell gegen den Aufkauf wehren kann.

Die **vollständige Plünderung des Landes** reichte den **Alliierten nach dem Krieg nicht aus. Alle Deutschen sollten zusätzlich und auf Dauer soviel wie möglich Steuern zahlen, und diese sollten als Reparationszahlungen abgeführt werden.** Für die Festsetzung der Steuerquote war nach dem Krieg der alliierte Kontrollrat in der Elßholzstraße in Berlin zuständig, der für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr, Recht, Kultur, Volksbildung usw. 12 Fachbereiche unterhielt. **Als die Alliierten die Deutschen „befreit“ hatten**, legten sie im Kontrollratsgesetz vom 11.2.1946 fest, daß der Steuersatz für Einkommen über 100.000 Reichsmark bei 95% liegen sollte, und bereits ab einem Einkommen von 7.200 RM sollten 48% Steuern gezahlt werden, ab 60.000 RM schon 90%. Nach der Einführung der DM waren es bis 1951 dann 95% für Einkommen über 250.000 DM im Jahr. Erst 1955, also 10 Jahre nach Kriegsende und schon nach Gründung der **BRD** hatte man den offiziellen Satz schrittweise auf 63,45% gesenkt, weil so letztlich mehr aus den Menschen herauszuholen war.[9]

1949 verlangten die Siegermächte von Deutschland Reparationsleistungen in Höhe von 50 Mrd \$ zuzüglich Zinsen.[10] Dabei muss man bedenken, dass der ganze Haushalt der Bundesrepublik im Jahre 1953 nur 15 Mrd DM betrug. Ein Abkommen wurde mit **Israel** unterzeichnet, eines mit England und den USA. Zudem verleibten sich die USA die meisten Reparationswerte ein, gleichwohl ihr Festland praktisch keinen Schaden genommen hatte, sie ließen sich also die **Befreiung Deutschland** von den Nazis bezahlen.

Am 27.2.1953 vereinbarte **Konrad Adenauer** zusammen mit seinem **Banker Hermann J. Abs(Jude)** in London mit den Siegermächten USA und England ein Reparationsabkommen, das sog. Londoner Schuldenabkommen. 65 Gläubigerstaaten nahmen an den Verhandlungen teil, 40 davon mit einer eigenen Delegation. Das Volumen betrug 13,5 Mrd DM. Zurückgezahlt werden sollten zunächst 300 Mio DM pro Jahr, später 500 Mio DM pro Jahr. Dieser Betrag sollte durch Devisenerlöse im Export zustande kommen. Dazu kamen Zinsen auf die Ursprünglichen Forderungen von 3%. Die Länder erhielten Schuldscheine in US-Dollars, die sogenannten **Young-Anleihen (Bonds, Bundesschuldverschreibungen)**. 5 Jahre danach (1958) zahlte Deutschland jährlich 765 Mio DM.[11] Nach einer **Wiedervereinigung sollten die Zinsen** erhöht und auch **Young-Anleihen aus dem ersten Weltkrieg** sollten dann bezahlt werden. **Nach der Wiedervereinigung zahlte die BRD dafür 193 Mio € pro Jahr.**[12]

In Luxemburg wurde schon ein Jahr zuvor, 1952, das **„Wiedergutmachungsabkommen“ mit Israel** unterzeichnet, worin sich die Bundesrepublik zur Lieferung von Waren und Dienstleistungen im Wert von **3 Mrd DM** verpflichtete.[13]

An den Staat Israel sind dann bis 2005 allerdings etwas mehr, nämlich etwa 276,5 Mrd € gezahlt worden (oder 500,7 Mrd DM [14]).

Alle Schiffe und Trockendocks Israels, alle Züge, alle Kraft- und Elektrizitätswerke, das Telefonnetz und anderes mehr wurden von Deutschland finanziert.[\[15\]](#)



Dazu kommen militärische Patrouillenboote, U-Boote und Seezieltorpedos zu 20% der Herstellungskosten, Noratlas-Transportflugzeuge, Panzermotoren und -bauteile, Infrarotgeräte zur Zielerfassung und -bekämpfung, elektronische Störsysteme und Scharfschützengewehre.[\[16\]](#)

An die **Jewish Claims Commission** in den USA wurden zudem **61,8 Mrd \$ an Wiedergutmachung gezahlt**, und es sollen noch weitere **14 Mrd \$ folgen**.[\[17\]](#) **320 Mio \$ will die Bundesregierung auch noch bis 2018 der Claims Conference als „Hilfe“ für deren Arbeit zahlen, nachdem sie schon zwischen 2002 und 2008 einen Betrag von 100 Mio € an spezifischen Entschädigungsforderungen gezahlt hat, so für die während des Krieges zerstörten Synagogen.**

Zudem beschloss das Kabinett im November 1978, **Israelis „zu einmaligen Bedingungen“** und rückwirkend bis **1956 den Eintritt in die deutschen Rentenkassen zu ermöglichen**.[\[18\]](#)

Die Israelis, die zu Kriegszeiten vom Naziregime verfolgt wurden oder deren Nachkommen erhalten seitdem **von Deutschland Rentenzahlungen**, sog. „**Lebensschadensrenten**“ von durchschnittlich **ca. 800 € pro Monat**, in Höhe von insgesamt bisher **82-88 Mrd DM**.[\[19\]](#) Der Fond „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ zahlte kurzfristig **10 Mrd DM** an ehemalige Zwangsarbeiter und stellte 2004 noch einmal **25,5 Mio €** zur Verfügung, diesmal für Opfer von Medizinversuchen.



Foto: WIKIPEDIA

Für die Wanderausstellung „**Verbrechen der Wehrmacht**“ stellte **Wolfgang Thierse** kurzfristig **400.000 €** bereit.[\[20\]](#)

Das Berliner Holocaust-Riesenmahnmal kostet ihn jährlich **2 Mio €** an Unterhalt, und 2006 erhöhte er den Betrag nochmal um **355.000 €**.[\[21\]](#)

2007 gab es den Spatenstich zum Nazi-Museum „Topographie des Terrors“ für **60 Mio €**, und **60 Mio €** spendierte er **2009** auch dem polnischen **Auschwitz-Museum zur Sanierung**.[\[22\]](#) Und nach seinem Erfolg mit dem Geld für Zwangsarbeiter und den verlorenen Versicherungspolice legte der New Yorker Anwalt Ed Fagan 2004 bereits eine Forderungen zu geraubter Nazi-Kunst in Höhe von **1,25 Mrd US \$** vor und plante 2005 eine Forderung an die Bundesregierung zu **unbezahlten Goldfonds aus dem Jahre 1920** in Höhe von **57 Mrd \$**.[\[23\]](#) [\[24\]](#)

Was da noch auf **Deutschland** zukommen soll, lässt sich auch daran erkennen, dass die israelische Regierung 2005 eine Studie beauftragt hat, mit der herausgefunden wurde, welcher **finanzielle Verlust der Holocaust für die Juden bedeutet habe**.

Dabei wurde davon ausgegangen, dass 9 Mio Juden enteignet wurden und ihr „**Verdienstaustausch**“ wurde berechnet. Der Regierungsbericht kommt zu dem Ergebnis, dass der Verlust zwischen **240 Mrd und 330 Mrd US \$** betragen würde, und es heißt, Deutschland sei soweit zu billig davon gekommen.[\[25\]](#)

Gnädigerweise hätte man Gesundheitsschäden noch nicht mitgerechnet. Am höheren Wert orientiert wird damit jedem der neun Millionen Juden ein Vermögen von 39.000 \$ zugerechnet. Umgelegt auf 80 Mio Deutsche, die das ersetzen sollen, bedeutete das 3.000 \$ pro Person, womit solch eine Reparationsleistung allerdings bei den heute unter Deutschen bestehenden Vermögensverhältnissen etwa die ärmeren 30 Mio Deutsche ihre gesamten Ersparnisse kosten würde. Noch nicht berücksichtigt ist bei dieser Aufstellung auch, dass die **Jüdischen Gemeinden in Deutschland aus deutschen Steuergeldern finanziert werden**. So zahlt beispielsweise **Hamburg jährlich 850.000 € an die örtliche Jüdische Gemeinde mit ihren 3.100 Mitgliedern**.[\[26\]](#)



Hochgerechnet auf die 86.000 in Deutschland in solchen Gemeinden organisierten Juden kann man wohl davon ausgehen, dass für diese jährlich 25 Mio € an Steuergeldern aufgewendet werden.[\[27\]](#) Und die Verluste durch die weiter laufenden Enteignungen deutscher Hauseigentümer sind soweit ebenfalls noch nicht berücksichtigt.

Da man heute davon ausgeht, dass alle Verkäufe jüdischen Eigentums zur Nazizeit widerrechtlich waren, erhalten Juden heute alles, was sie damals verkauft haben, gratis wieder zurück.

Diejenigen aus der deutschen Nachkriegsgeneration, die ein Haus geerbt haben, das einmal in jüdischem Besitz war, müssen es ersatzlos an die **Jewish Claims Commission** abgeben, **auch noch nach 2005**. Nicht genug damit, für vier Jahre beispielsweise, die ein Haus so als Erbe der Eltern im Besitz eines Deutschen war, möchte die **Jewish Claims Commission zusätzlich 100.000 € Nutzungsausfall gezahlt bekommen**.

Kein Wunder also, dass die Anzahl der **Millionäre in Israel** bereits deutlich über dem Weltdurchschnitt liegt. Allein 2005 hat die Anzahl der israelischen Millionäre um **20% auf 7.400 Personen** zugenommen.[\[28\]](#) **Nachdem die Nazi-Führungsriege gehenkt, die Menschen befreit und das Land geplündert wurde bleibt festzustellen, daß heute in Deutschland eine unschuldige neue Generation mit gewaltigen Strafzahlungen belegt ist.**

Auch andere Länder erhalten Zahlungen. Abgesehen davon, daß **Polen** nach dem Krieg die Gebiete Schlesien und alles Land jenseits der Oder erhielt, bekam der Staat in neuerer Zeit auch **2 Mrd €** und ihm wurden **3,3 Mrd €** an Schulden erlassen. Zwischen **2007 und 2010** erhielt Polen von Deutschland **16,6 Mrd €** an EU-Geldern.[\[29\]](#)

So wie es aussieht, hat nie in der Geschichte der Menschheit ein Volk an andere Völker soviel gezahlt wie die Deutschen.



Die Rücklagen für die Altersvorsorge der Deutschen sind dagegen verschwunden. Das vor über 100 Jahren von Bismarck begründete Rentensystem war ursprünglich kapitalfinanziert, d.h. die eingezahlten Gelder wurden für die Einzahler verwahrt und gewinnbringend investiert, vornehmlich in der deutsche Industrie. **1957 stellte Bundeskanzler Adenauer** das System aber in einer „Rentenreform“ auf ein Umlagesystem um, in dem die jeweils jüngere Generation direkt für die Renten der älteren Generation aufkommt.[\[30\]](#) Dadurch wurden **40 Mrd DM** Kapitalrücklagen frei.[\[31\]](#)

Aus den frei gewordenen Mitteln konnte damals die Wiederbewaffnung der Bundeswehr finanziert werden. Welche enormen Verluste diese Umstellung aber für die heutige Generation bedeutet, kann man sich durch einen Vergleich der für eine Rente von 800 € nötigen Einzahlungen unter den verschiedenen Systemen klar machen:

Für eine kapitalfinanzierte Rente von 800 € mit 65 Jahren bei einem privaten Kapitalversicherer braucht ein 20-jähriger lediglich 100 € im Monat als betriebliche Altersversorgung aufzuwenden, während unter dem heutigen Umlagesystem bei einem durchschnittlichen Monatsgehalt dafür fast 400 € pro Monat Sozialabgaben von Arbeitgeber und Arbeitnehmer notwendig sind. Und durch das ungünstiger werdende Verhältnis von Einzahlern zu Rentnern verschärft sich die Situation weiter. 2005 kamen auf einen Rentner 3,2 Beitragszahler. 2050 kommen auf einen Rentner nur noch 1,7 Beitragszahler.

1995 betragen die Rentenausgaben aller gesetzlichen Rentenversicherungen für die etwa 16 Mio deutschen Rentner zusammen 297 Mrd €. 2002 gab allein die BfA für die Rente für 9,1 Mio Menschen 115 Mrd € aus, inklusive Verwaltungskosten. 45% der Altersrenten der BfA lagen 2002 bei einem Betrag von unter 1.000 €. Die Zahlungen der BfA können heute nicht mehr durch die Einzahlungen allein aufgebracht werden, und es ist ein Zuschuss aus dem Bundeshaushalt nötig.

Der Bundeszuschuss 2004 für die Rentenversicherer lag bei 59 Mrd €. Der Verband der deutschen Rentenversicherungsträger VDR führt allerdings an, von den 297 Mrd € seien 102 Mrd € versicherungsfremde Leistungen, so z.B. **23,5 (!) Mrd € für Kriegsfolgelasten**. Aber auch für Familienlastenausgleich und Transferleistungen West-Ost wird die **Rentenkasse** genutzt. Der bayerische Landesvorsitzende der Allianz der Mitte (ADM-Partei) meint sogar, im Jahre 2002 wären nach [seinen] vorläufigen Berechnungen den Renten 393 Mrd € versicherungsfremde Leistungen entnommen worden.[\[32\]](#)

Aus dem **Rentensystem** werden auch sämtliche Versorgungsleistungen für **Umsiedler, Ostflüchtlinge und Aussiedler geleistet**, die **niemals** etwas in das System eingezahlt haben. Etwa 5 Mrd € werden jährlich an die etwa **500.000 Asylanten** im Lande gezahlt.[\[33\]](#) Besser gestellt sind die etwa 100.000 jährlich neu einwandernden Spätumsiedler, die sofort die **deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, auch wenn sie kein Deutsch sprechen**. So werden jedes Jahr etwa **20.000 Einwanderer** aus **Russland** willkommen geheißen (18.700 waren es im Jahr 2000).

Jedem spendiert der deutsche Staat großzügig ein Startgeld von **25.000 €** [\[34\]](#), und es gibt zudem zinslose Kredite. Es gibt 6-köpfige Familien aus Spätumsiedlern aus Russland und ihren Angeheirateten, die so auf einen Schlag ein **Startgeld von 150.000 €** kassierten, mit dem sie sich **sofort ein Haus kaufen** konnten, wobei sie zusätzlich noch die normale Eigenheimzulage als Förderung kassierten.[\[35\]](#) Einige Orte haben auf diesem Wege ganze Straßenzüge mit schmucken neuen Häusern erhalten. Und wenn dann auch gleich noch die Sozialhilfe greift, ist eigentlich schon mal eine ganz ordentliche Existenz gesichert, aber die Kosten für den deutschen Steuerzahler sind immens.

Großzügig ist der deutsche Staat nur gegenüber Nichtdeutschen, was einmal mehr die Frage aufwirft, wessen Interessen denn die Bundesregierung eigentlich vertritt. Das bereits vor 1963 in Kraft gesetzte deutsche Fremdentengesetz FRG wird jedenfalls vom Gedanken der Eingliederung von Fremden geprägt, d.h. die Berechtigten sollen Zahlungen erhalten, als hätten sie ihr Versicherungsleben nicht im Herkunftsland, sondern in Deutschland verbracht.[\[36\]](#)

Die eigenen Vertriebenen gehören nicht zu den Berechtigten. Eine Deutsche, die als 17-jähriges Mädchen im Sudetenland den II. Weltkrieg überlebte und dann anschließend über 7 Jahre als Zwangsarbeitin im Osten versklavt und gefangen gehalten wurde, erhält heute als Rentnerin vom deutschen Staat gerade einmal 50 Cent Rente pro Jahr der Zwangsarbeit, also 3,50 € pro Monat. **Hätte sie einen israelischen Pass, so würde sie 600 \$ bis 1.000 \$ im Monat überwiesen bekommen, wo auch immer in der Welt sie lebt**. Wenn das Geld so an die Nachkommen der Naziopfer in alle Welt verteilt wird, erfolgt kein Aufsehen, nur wenn Geld in dieser Höhe mal als Rentenzahlung an einen normalen Deutschen nach Florida oder Mexiko geht, regen sich die Medien auf.[\[37\]](#)

Perfide ist, daß die Vertriebenen- und Flüchtlingsämter in erster Linie die Angelegenheit von Ausländern oder in der Fremde Lebenden behandeln und weniger die der deutschen Flüchtlinge.

Dann kam die Wiedervereinigung. Zwar hatten die Politiker den deutschen Bürgern bereits bei der Gründung der BRD versichert, dass das Land nun wieder souverän sei, aber als die Wiedervereinigung kam, machten das die beiden so souveränen Länder Ost- und Westdeutschland nicht direkt miteinander aus, nein, da traten vor allem die alten Besatzungsmächte noch einmal zusammen und überlegten, ob man das denn zulassen könne. **(Anm.: Ostdeutschland liegt jenseits der Oder-Neiße-Grenze)**

Zulassen wollte man das nur, wenn **Westdeutschland sich zu allerlei Zahlungen verpflichtete und versprach**, die Firmen im Osten vor allem den Firmen im westlichen Ausland zukommen zu lassen, die **DM zugunsten des Euro abzuschaffen**, auch in Zukunft nichts gegen die Konfiszierungen von Besitz einzuwenden und eine **dauerhafte Stationierung der alliierten Truppen im Lande zu erlauben**. Um die Herren **Rohwedder** und **Herrhausen**, die für einen Erhalt der Ost-Betriebe und eine intensivere Zusammenarbeit mit den Ländern im Osten plädierten, würde man sich kümmern (vgl. Kapitel 1-3), und nachdem das mit **Herrhausen schnell geklärt war**, hatten die tapferen deutschen Politiker bei den **2+4-Verhandlungen einmal mehr die Hosen gestrichen voll** und akzeptierten alles bedingungslos.

Im Rahmen der Wiedervereinigung verkaufte also die deutsche Rentenversicherung BfA den Großteil ihres Anlagevermögens, um mit dem Erlös Wohnungen für die abziehenden Sowjet-Soldaten zu finanzieren, und es gab **Zahlungen an Russland (61,65 Mrd DM^[43])** und an **Polen (10 Mrd DM)^[44]**

Mit den Firmen der **DDR**, der seinerzeit zehntstärkste Industrienation der Welt mit einer Produktionsfläche von über 1,6 Mio Quadratmetern, innovativen Firmen, die **Computer und Düsenflugzeuge bauten**, weltberühmte Firmen für optische Geräte,

38.000 Firmen, die den Osten mit Traktoren und den Westen mit **Möbeln, Radios, Fernsehern, Kühlschränken und Bekleidung** versorgten, die das **einst riesige Versandhaus Quelle**, das etwa 60% der Produkte aus seinem über tausend Seiten starken Katalog aus Ostdeutschland bezog, dann im Westen vertrieb, mit all diesen Firmen wurde auf Wunsch der Alliierten vereinbarungsgemäß in einer besonderen Weise verfahren.

Die Firmen der DDR wurden großen Westfirmen weit unter Wert überlassen, die sich die Filetstücke nehmen und den Rest **liquidierten** durften, und die dafür obendrein noch Staatssubventionen erhielten. Die Werke der **Deutschen Waggonbau** in **Dessau, Leipzig, Halle, Görlitz und Berlin** ließ man beispielsweise über die US-Investmentfirma **Advent** der kanadischen Konkurrenzfirma **Bombardier** zukommen, die das heutige Berlin mit S-Bahnen mit gefährlich unzureichenden Bremssystemen ausgestattet hat.

Dem **französischen Ölkonzern Elf Aquitaine** überließ die Treuhand die **Leuna-Chemiewerke, das Minol-Tankstellennetz und obendrein noch 256 Francs (40 Mio €) an Subventionen (dank Helmut Kohl)**, die letztlich auf einem **Liechtensteiner Konto** landeten und als Vermittlungsprovision beim französischen Geheimdienstler Piere Léthier.^[45]

Nach vielen Geschäften dieser Art resultierte so schließlich ein **Verlust der Treuhand von 270 Mrd DM**, zu dessen Ausgleich die Bürger mit einer **Steuererhöhung in Form des Solidarbeitrags** zur Kasse gebeten wurden.

Am Ende war auch das **Versandhaus Quelle** nicht mehr systemrelevant, und man ließ **2009 die Konkurrenz das Geschäft** übernehmen, indem man **Quelle die Kredite kündigte**.

Das ging ganz einfach, weil ein Freund des Konkurrenz-Chefs Middelhoff von Arcandor die für Quelle zuständige Bank leitete.[\[46\]](#)

Mit den DDR-Banken verfuhr man im Rahmen der Wiedervereinigung ebenfalls in besonderer Weise. Die standen eigentlich gar nicht so schlecht da, denn in ihrem Abschlussbericht zur Situation der DDR wies die **Deutsche Bundesbank** für die DDR nur Auslandsschulden von rund **12 Mrd \$** aus. Die **550 DDR-Banken** mit ihrem **Gold-, Kassen- und Immobilienbesitz** überließ man **westliche Banken zu einem Zehntel des Wertes** und weniger.

Der **Journalist Karl Weiss** schätzt, dass die westlichen Privatbanken, die **Deutsche Bank, die Dresdner Bank u.a.m.** so einen Profit von **200 Mrd €** machten.[\[47\]](#) Man machte die Westbanken dabei auch zu rechtmäßigen Gläubigern der ganz anders funktionierenden Kredite der DDR, und erlaubte ihnen dann noch, den vereinbarten DDR-Zins von 0,5% auf westliche 10% anzuheben, und für die unter dieser plötzlichen Last zusammenbrechenden Firmen und Kommunen, man ahnt es schon, durfte wieder der deutsche Steuerzahler aufkommen.[\[48\]](#)

Damit das Vermögen Ostdeutschlands problemlos aus **Deutschland** abfließen konnte, ohne auf größere Barrieren zu stoßen, hat man den weltweiten Kapitalverkehr neu geordnet und für einen freien Kapitalverkehr über die Grenzen hinweg gesorgt. Auf deutscher Seite hat sich dabei der damalige Staatssekretär im **Finanzministerium besonders um einen reibungslosen Transfer der Werte ins Ausland** gekümmert. **Horst Köhler** erwies sich dabei als einer der besten Finanz-Staatssekretäre, den die Alliierten je hatten, und so beförderte man ihn **nach dieser glanzvollen Ausplünderung des deutschen Steuerzahlers** erst zum **Chef des IWF** und dann zum **deutschen Bundespräsidenten**. Den deutschen Bürgern erzählte man derweilen, dass mit dem **2+4-Vertrag Deutschland** nun aber wirklich souverän geworden sei.

Der Umgang der Regierung Kohl mit dem Eigentum anderer im Zuge der **Wiedervereinigung** lässt auch in anderer Hinsicht auf einen völligen Rückgratverlust der deutschen Politiker schließen. Wie der **Deutsch-Russisch-Dolmetscher der Verhandlungen in seinen Memoiren berichtet**, sollen von russischer Seite im Vorfeld der Verhandlungen **auch Pläne der Universität Moskau für eine Wiederangliederung von Ostpreußen, Pommern und Schlesien** angesprochen worden sein, **doch Genscher soll Polen beknielt haben, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten,**

mehr Wiedervereinigung wollte er gar nicht.[\[49\]](#) Zum anderen hätte die Kohl-Regierung dann eigentlich die von der DDR zwischen 1945 und 1949 verstaatlichten Betriebe den Eigentümern zurückgeben müssen, behielt sie aber unter dem Vorwand, dies sei sowjetische Vorbedingung für die **Wiedervereinigung** gewesen. **Das wies Gorbatschow aber später zurück, das hätte er nie gefordert.** Mit dieser „**Wiedervereinigungslüge**“ ergaunerte sich die BRD-Regierung damals aber Firmen im Wert von **600 Mrd DM**, wie **Constanza Paffrath in ihrer Doktorarbeit recherchierte.**[\[50\]](#)

Heute fließen jedes Jahr 90 Mrd € an Unterstützung und 28 Mrd € an Krediten von West- nach Ostdeutschland.[\[51\]](#)

Etwa 40 Mrd € davon gehen an die 4 Mio Rentner im Osten, für die 3 Mio Arbeitslosen werden ebenfalls etwa 40 Mio € gezahlt, 10 Mrd € werden für Sozialhilfe, Wohn- und Kindergeld aufgebracht.

Die Zahlungen für die **Beamten und Verwaltungsdienste** sind im Bundeshaushalt integriert und dürften nochmals 40 Mrd € ausmachen. Nicht aber der Geldfluss im Rahmen des Sozialsystems von West- nach Ostdeutschland ist „unerträglich“ oder „unleistbar“, denn dieses Geld wird in Deutschland ausgegeben und kehrt in den hiesigen Kreislauf zurück. Nachteilig ist dagegen der Abfluss von Geldern ins Ausland und an die EU, da diese Gelder nicht unbedingt in den deutschen Geldkreislauf zurückkehren.



Im Rahmen der Wiedervereinigung hatte **Bundeskanzler Helmut Kohl** für Deutschland zugestimmt, **die DM zugunsten des Euro abzuschaffen**, obwohl sich die **DM** gegenüber anderen Währungen eine internationale Stellung als **Reservewährung** erarbeitet hatte. Dafür hatte die damalige Bundesbank als unabhängige nationale Bank gesorgt, während in anderen Ländern die Banken eher den Weisungen der Politik folgten oder sogar denen eines privaten Kartells, wie in den USA. Man sorgte also dafür, dass die unabhängige Bundesbank ihre Funktion an eine politisch weisungsgebundene **Europäische Zentralbank abgab**. Auf eine Deckung des **Euro in Gold** verzichtete man zudem, stattdessen wurden Dollars als Devisenreserven eingelagert, die jedoch inzwischen keine bestimmte **Goldmenge** mehr garantieren. Durch die Abgabe der Macht über die Zinserhöhung, die Wechselkurse und das Gelddrucken hat Deutschland damals auf seine wichtigsten Instrumente zur Wirtschaftssteuerung verzichtet. [\[52\]](#)

Neben dem Verlust der Währungshoheit hat das für **Deutschland** den Nachteil, daß seitdem **die gesamten deutschen Exportüberschüsse von jährlich etwa 200 Mrd € nicht mehr Deutschland allein zugute kommen sondern allen Ländern der Euro-Zone, die zusammen nur 10 Mrd € Exportüberschüsse erwirtschaften**.

Für Deutschland bedeutet das ein jährliches **Defizit von 190 Mrd €** gegenüber der Zeit mit der **DM!** Die mit dem Euro bezahlenden Länder können mit dem Euro nun in ganz Europa einkaufen, **während die DM in Deutschland eingelöst werden musste**.

Der Finanzminister und sein Wirtschaftsexperte von damals, **Prof. Dr. Schiller** und sein Bankenexperte **Prof. Dr. Hankel**, haben die heute bestehenden Finanzprobleme vorausgesagt und sich seinerzeit mit aller Kraft gegen die Abgabe dieser hoheitlichen Funktionen ausgesprochen, konnten sich aber nicht gegen den damaligen **Bundeskanzler Kohl** durchsetzen.[53]

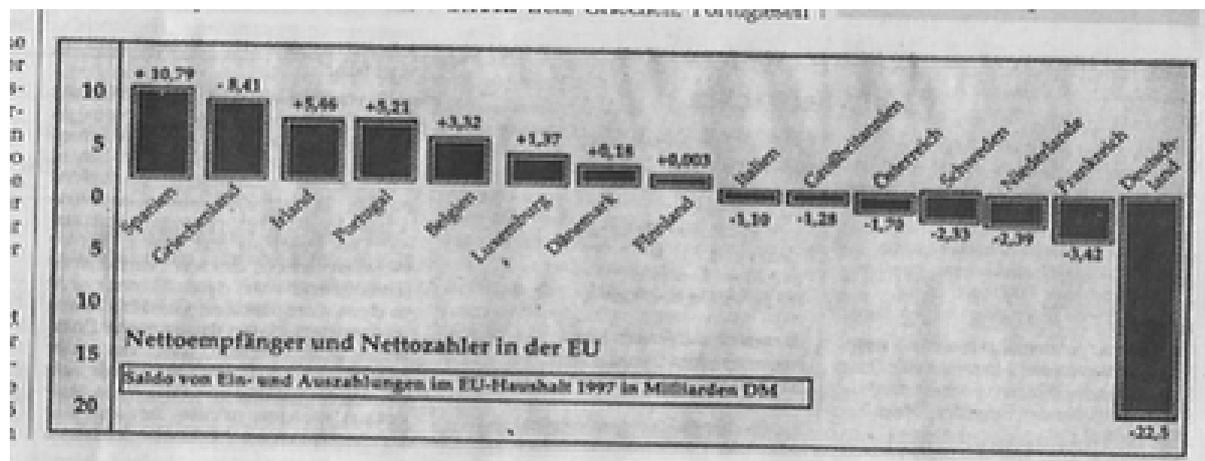


Abb. 36: Aus Preußische Allgemeine Zeitung, Folge 17, 26.4.03, S. 3. An die EU wird Deutschland so 2010 die Rekordsumme von 26 Mrd € überweisen, 13,3 Mrd € mehr als zurück kommen.[54]

Schon von Anfang an war Deutschland Spitzen-Nettoeinzahler (vgl. Abb. 38).[55] Laut einer Untersuchung von Prof. Willekes von der Universität Heidelberg hat Deutschland zwischen **1990 und 2002 netto 278,9 Mrd € mehr an die EU gezahlt als erhalten.**

Bundeskanzler Kohl hatte Deutschland im Abkommen von Edingburgh dazu verpflichtet, auf immer mindestens 40% aller EU-Kosten und Subventionen zu übernehmen, und Kanzlerin Merkel hat 2005 unter dem Jubel der Presse 2 Mrd € mehr zugesagt.[56]

Es wird somit langsam klar, dass der Hauptzweck der CDU weniger „christlich-demokratisch“ ist, sondern mehr darin besteht, Deutschland uneingeschränkt zum **Zahlmeister für die EU, die NATO, die UN** und zahlreiche andere Organisationen zu machen. Es ist eigentlich die **Czahlmeister Deutschland Union.**

Dabei stehen die Alliierten des zweiten Weltkrieges in der ersten Reihe. **Bis 1983 hatte die Bundesrepublik alle Forderungen aus dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 bezahlt**, doch durch die Wiedervereinigung lebte die Schuld erneut auf, und am 3.10.1990 versprach die Bundesrepublik, die Verpflichtungen aus dem Londoner Schuldenabkommen erneut zu bedienen. Bis zum **3.10.2010 sollte diese Schuld nun getilgt sein**, wenn nicht eine **Goldklausel** zu weiteren Ansprüchen führt. Nach dieser **Goldklausel** dürfen die Gläubiger sich ihre Forderung auch wahlweise in **Gold** auszahlen lassen, womit sie sich die Schuld dann um etwa den **Faktor 1000** vergrößern würde.

Besonders weit vorn stehen die USA. Zusammen mit den 50 Mrd € im jährlichen US-Außenhandelsdefizit (bzw. dem deutschen Exportüberschuss gegenüber den USA), den 80 Mrd € für die Schuldentilgung, den **6 Mrd € für das in Deutschland stationierte US Militär** (s.u.) und den 31,5 Mrd € für die Bundeswehr bzw. NATO, sind es heute etwa **167,5 Mrd €, die Deutschland jährlich an die USA zahlt.** Man mache sich klar, dass mit diesem Geld 10 Mio Deutsche, also beispielsweise alle Arbeitslosen und Studenten, eine zusätzliche Apanage von 16.585 € jährlich oder von 1.382 € monatlich erhalten könnten.

Rund 25.000 britische und 68.000 amerikanische Soldaten sind noch auf deutschem Boden stationiert, an 72 Orten, mit 159 Abrams Panzern, 173 Panzern M2, 18 Raketenwerfern und über **100 Atombomben**.[\[57\]](#)

Das sind mehr als einem freundlichen Austausch im Rahmen einer Zusammenarbeit entspricht, dieser Umfang entspricht einer vollen Besatzungsstärke wie im Irak, zumal **deutsche Politiker diese Einrichtungen nicht einmal inspizieren dürfen**. Das Recht zur Stationierung und ihre absolute Bewegungsfreiheit haben sich die alliierten Streitkräfte im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung heimlich verlängert. **Und nach § 120 der Verfassung (Deutschland hat nur ein GG und keine Verfassung, nur Verträge mit einer GmbH.) übernimmt Deutschland die Besatzungskosten**. Die alliierten Soldaten kosten Deutschland etwa 6,9 Mrd \$ jährlich, von denen 1,2 Mrd \$ durch die Übernahme von Stationierungskosten getragen werden, und 5,7 Mrd \$ wurden 2000 als „foreign development assistance“ gezahlt.[\[58\]](#) Während Japan nur 78% der Kosten der dort stationierten amerikanischen Soldaten übernehmen muss,[\[59\]](#) ist für Deutschland im Artikel 120 des **Grundgesetzes** festgelegt, dass Deutschland die Aufwendungen für die Besatzungskosten voll trägt.[\[60\]](#) **Dem kommt Deutschland auch voll nach**.

In **Grafenwöhr** wurde 2005 der Neubau eines Truppenübungsplatz für 3.400 amerikanische Soldaten begonnen, wobei allein die militärische Infrastruktur 650 Mio € kostete.[\[61\]](#)

Die Militärflughäfen **Spangdahlem** (Eifel) und **Ramstein** (Pfalz) wurde 2005 für die Nutzung durch die US Air Force für 400 Mio € ausgebaut, [\[62\]](#) weil die Basis am Flughafen Frankfurt Main nicht mehr als Haupt-Tor für den Einsatz in Europa ausreichte.[\[63\]](#)

Und nach Aussagen des sächsischen Innenministeriums dient der für 350 Mio € ausgebaute **Großflughafen Leipzig** nicht nur der **DHL** der deutschen Post, sondern vor allem der **NATO** als internationales Drehkreuz.[\[64\]](#) Die **DHL** hat in diesem Rahmen **Versorgungsflüge in den Irak und nach Afghanistan** übernommen, und seit 2008 fliegen **täglich** durchschnittlich 1.500 US-Soldaten von Leipzig zu ihren Einsätzen ab. Zudem will Deutschland in Leipzig für die **NATO-Response Force** bis zum Jahr 2012 sechs Antonow-Transportflugzeuge anschaffen und stationieren, von denen jedes 120 Tonnen Kriegsgerät weltweit zu einem beliebigen Einsatzort bringen kann. Die Kosten dafür wurden mit 7,2 Mrd € beziffert. Die eigenen Streitkräfte kosten Deutschland dabei „**nur**“ 31,5 Mrd € jährlich. [\[65\]](#)

Zusammen mit den Kosten für die in **Deutschland** stationierten **US-Soldaten** hat **Deutschland** damit fast ebenso hohe Militärausgaben wie **Russland** mit 35,4 Mrd €. Mit Blick auf die angrenzenden Länder ist heute eigentlich jede Sorge unberechtigt, Deutschland könnte von einem Nachbarn angegriffen werden, und auch das Feindbild Terrorismus und die Verfolgung von Taliban in den Wüsten Afghanistan taugen kaum dazu, die ausgegebenen Milliarden für Kriegsschiffe, U-Boote und hunderte von Panzern zu rechtfertigen.



Für die von den USA geführten Kriege ist zudem auch immer wieder eine Beteiligung fällig; **6 Mrd \$ zahlte Deutschland für den 1. Golf-Krieg 1991**, [66] und für den letzten Überfall auf den Irak ist schon mal die Schuldzuweisung der Amerikaner da: **ein deutscher BND-Mann hätte falsch über die Massenvernichtungswaffen informiert.**

Dieser Mann war der **ehemalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier**, der damals Regierungsbeauftragter für die Nachrichtendienste der Bundesregierung war. Damit ist klar, warum **Steinmeier Nachfolger von Joschka Fischer** wurde. Anfang 2004 hatte **Bundeskanzler Schröder** bei seinem Besuch in Washington **Unterstützungszahlung für den Irakkrieg in Milliardenhöhe** zugesagt. Deutschland bildet seitdem irakische Offiziere und Polizisten aus, hat hunderte LKW an die neue irakische Armee geliefert, dient für die Amerikaner als Nachschubdrehscheibe und versorgt die verletzten GIs. Weitere deutsche Milliarden wurden für die Osterweiterung der **NATO** zugesagt. [67] 250 Mio € werden jährlich an die Terror-Spezialeinheit KSK ausgegeben. **Die zwei U-Boote zum halben Preis und den Satz Patriot-Raketen, sowie 3 Fregatten im Febr. 2008 im Wert von 1,5 Mrd € als Geschenke, an Israel noch gar nicht mitgerechnet.**

Neben diesen Rüstungsmilliarden fallen die Zahlungen für Entwicklungshilfe fast gering aus. Für die Zeit zwischen 2005 und 2008 sind 320 Mio € Aufbauhilfe für Afghanistan geplant, [68] zusätzlich zu den 821.000 € für Liberia, den 683.000 € für Norduganda und den 500.000 € für Somalia usw. Die restlichen bedürftigen Länder der Welt erhielten gegenüber Afghanistan zusammengenommen im Jahr 2003 nur 71,5 Mio €. [69]

An die verschiedenen Organisationen der **Vereinten Nationen (UN)** gehen dann noch mal 0,9 Mrd \$ jährlich. [70] Kleinigkeiten wie 4,7 Mio € an die Türkei für die Behandlung der dort lebenden **Angehörigen der in Deutschland arbeitenden und versicherten Türken gar nicht zu erwähnen.** [71] Doch Geld wird auch noch ganz anders verschoben, als Kredit, als Zinszahlung, als Bezahlung und als Gewinnabführung. **Irgendwie funktioniert der ganze freie Markt und Welthandel gegen Deutschland.**

Deutschland hat die letzten sechzig Jahre in zunehmendem Maße wirtschaftliche und finanzielle Unterstützungsleistungen an die **USA, an Israel, an die EG, die NATO und die UN** geleistet. 2008 erreichten die Zahlungen ein Ausmaß, dass der deutsche Steuerzahler nicht mehr zu stemmen vermochte.

Die faulen Kredite der amerikanischen **Lehman-Bank** brachten das Fass zum Überlaufen, sie machten den deutschen Landesbanken zu schaffen und waren vom deutschen Steuerzahler schließlich nicht mehr aufzubringen – beziehungsweise ihm nicht genügend schnell anzudrehen. Bankstrategen schätzten nämlich die **Ersparnisse der Deutschen auf 3,4 Billionen €, und an die wollte man eigentlich ran**, doch den deutschen Sparern und Anlegern konnten die US-Anlagen einfach nicht schnell genug als **Fonds und Dachfonds, als Zertifikate, Turbos, Minis, Calls und Puts, Calls for Difference und TFDs** verkauft werden, der Bedarf an Käufern überstieg die Nachfrage bei weitem, so dass letztlich die Banken selbst auf ihren minderwertigen Papieren sitzen blieben und noch drauf saßen, als diese sich als wertlos erwiesen.

Die Banken spielen beim Verschieben deutschen Geldes ins Ausland auch deswegen eine besondere Rolle, weil viele der rund 30.000 Pleiten deutscher Firmen pro Jahr vermeidbar wären, wenn die Banken den deutschen Unternehmen mit Krediten weiterhelfen würden, **anstatt das Geld ins Ausland zu verschieben**. Oft ist bei den insolventen **deutschen Firmen sogar die Auftragslage gut** und es fehlte den Unternehmen nur das nötige Geld, um das Material für Aufträge vorzufinanzieren. Doch nach einer Umfrage der **Handwerkskammer Münster 2004** werden 27% der Kreditanträge der Handwerksbetriebe von ihren Hausbanken abgelehnt. Eine Umfrage des Münchener ifo-Instituts bei 1000 Firmen Anfang 2004 hatte zum Ergebnis, dass 79% der Befragten angaben, nicht zu hohe Löhne, sondern Kapitalmangel und die Kreditvergabepraxis der Banken seien Schuld am deutschen Innovationsmangel.[\[72\]](#) So sahen nach einer GEM-Umfrage 2003 in Deutschland auch nur 13% gute Chancen für Unternehmensgründungen, während es in Finnland z.B. 48% waren.[\[73\]](#)

Die Deutsche Bank (Rothschild) spielt dabei ganz vorne mit. Die Deutsche Bank ist eine Art deutsche Zentralbank, auch wenn sie nicht selbst Euros drucken darf. Sie dient den meisten deutschen Banken als Zwischenstation für die Abwicklung von Geldgeschäften mit dem Ausland, **sie berät die Bundesregierung** und andere Banken, und sie gewährt anderen deutschen Banken Kredite, wenn diese solche brauchen.

Letztlich erweist sie sich aber weniger als Bank der Deutschen sondern mehr als **Interessenvertretung** von englischen und amerikanischen Banken in Deutschland (**Rothschild**) mit dem **Ziel, deutsches Geld und deutschen Besitz umzuwidmen**. Ihr Machtzentrum hat die **Deutsche Bank** denn auch in London mit dem **Group Executive Committee**, und dort spricht man explizit von einer „**De-Germanization**“ der **Deutschen Bank**. So war die **Deutsche Bank schon maßgeblich am Verkauf von Mannesmann an Vodafone beteiligt**, aber erst 2003 ging man die Eroberung des deutschen Marktes richtig an. Dazu gründete man die „**Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD)**“, deren Sprecher **Josef Ackermann** wurde. Mitglieder der Initiative waren ausschließlich amerikanische Investmentbanken, nämlich die deutschen Vertreter von **Lehman Brothers, Goldman Sachs, Morgan Stanley, JPMorgan, Citibank und Merrill Lynch**.[\[74\]](#)

2003 beriet die **Deutsche Bank**, angeführt von **Josef Ackermann**, die Bundeskanzler **Gerhard Schröder** und seinen Finanzminister **Hans Eichel** dahingehend, Zweckgesellschaften wie die IKB für den Handel mit Risikopapieren einzurichten (**Bad Banks**).[\[75\]](#) Der deutsche Staat folgte dieser Weisung praktisch sofort und förderte diese Spezialbanken noch mit dem Erlass der Gewerbesteuer.

Der „verstärkte Einsatz neuer Finanzierungsinstrumente“ wurde im Koalitionsvertrag von SPD und CDU beschlossen. **In der Zwischenzeit gibt es die „BAD BANKS“!**

Das Bundesministerium der Finanzen ließ sich 2003 dann ein Gutachten dazu erstellen, wie es denn den Kreditbedarf des Mittelstandes besonders fördern könnte. Das Gutachten wurde an die **Boston Consulting Group** vergeben. Man hatte der **Boston Consulting Group** aber womöglich nicht gesagt, daß es bei der Fragestellung **darum ging, den deutschen Mittelstand zu fördern, nicht den amerikanischen**. Heraus kam dann nämlich die Empfehlung, doch in amerikanischen **Asset Backed Securities (ABS)** zu investieren, die man heute als **Schrottimmobilien** bezeichnen würde.

Alsdann warf sich das Bundesfinanzministerium mächtig ins Zeug, deutsche Banken in ABS investieren zu lassen.[76] Der ministerielle Aufseher der Bankenkontrolleure der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, kurz der **BaFin, SPD-Mitglied Dr. Jörg Asmussen**, war praktischerweise gleichzeitig Beiratsmitglied der **IKB-Bank** und Mitglied im Gesellschafterbeirat der **Lobbyorganisation** für den Verkauf von ABS in Deutschland, der **True Sale International GmbH**, und erleichterte im Jahr 2006 den Kauf der ABS, indem er sein Ministerium anwies, dabei keine unnötigen Prüf- und Dokumentationspflichten entstehen zu lassen. **Nach dieser Glanzleistung wurde er zum Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen befördert.**[77]

Die IKB kaufte in der Folge massenweise **Asset Backed Securities**, man schob das wohl größte Verbriefungsprogramm Europas an, womit **Deutschland** den Großteil der **US-Schrottimmobilien** von rund **2 Billionen Euro** übernahm.[78] Die **BaFin** prüfte die IKB 2005 und fand alles großartig, und auch die Ratingagenturen gaben weiterhin grünes Licht, der Aufsichtsrat sah kein Risiko.[79] Der amerikanische **Investmentguru Jim Cramer** meinte derweilen bei einem Fernsehauftritt **in den USA, die deutschen Bankiers seien echte Deppen**, denen könne man alles verkaufen.[80] Als die Immobilienfonds 2007 einbrachen, sperrte die **Deutsche Bank der IKB die Kredite**,[81] und in der Konsequenz brach die **IKB** zusammen. **Der deutsche Staat rettete die IKB darauf mit 10 Mrd € und verkaufte sie dann für 150 Mio € an den amerikanischen Private Equity Fond Lonestar.**



Auch bei der Einrichtung der **DEPFA** als Zweckgesellschaft für die **Hypo Real Estate(HRE)** half die Deutsche Bank mit. **Die DEPFA, 1922 für den deutschen Kleinwohnungsbau gegründet, hat heute ihren Hauptsitz in Irland und weitere Büros in den USA und in Israel.**

Eins ihrer Aufsichtsratsmitglieder ist der Rechtsanwalt **Bern Knobloch, Sohn der Präsidentin vom ZdJ**. Die Bank übernahm mit ihrem US-Ableger First Albany Securities in New York, Chicago und an anderen Orten gewaltige Mengen **wertloser ABS** in Höhe von rund **400 Mrd €**.

2008 hatte die **DEPFA** plötzlich über ein Finanzloch in der Größe von **50 Mrd €** zu klagen und wollte mit einer deutschen Staatsbürgerschaft gerettet werden.[\[82\]](#)

Der Staat unterstützte die **Deutsche Bank** auch in anderer Weise mit seiner Steuergesetzgebung. Die **Deutsche Bank** hat neben Niederlassungen in Deutschland und den USA auch welche in den Steuerparadiesen Luxemburg, Jersey, der Schweiz, in Dubai, und in Irland. **In Deutschland zahlt die Deutsche Bank keine Steuern mehr.** Im Jahr 2000 erhielt sie umgekehrt vom deutschen Finanzamt ca. 8 Mrd €. [\[83\]](#) Aber natürlich erhalten die Shareholder stets ihre Dividenden und die Topmanager ihre fürstlichen Gehälter. **Während die Firmen und Konzerne 1967 noch 42% zum Steueraufkommen beitrugen waren es 2003 nur noch 8%.** Und mit der Kapitalsteuer-„Reform“ **2007** wurden die Unternehmen noch einmal weiter entlastet, um den Standort Deutschland für Firmen attraktiver zu machen.

Auf Weisung des Staates haben die deutschen Banken mit den sogenannten **Basel II-Vorschriften** die Kreditvergabe an deutsche Unternehmen deutlich erschwert. Die Banken verweigern den deutschen Unternehmern seitdem oft auch kleinste Kredite, während sie das Geld großzügig und vorzugsweise an amerikanische und englische Firmen weiterreichen. Während die Kreditbedingungen für deutsche Unternehmen verschärft wurden, gab die deutsche **Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)** 2002 der amerikanischen **Fluglinie UAL 500 Mio \$ Kredit aus Geldern, die eigentlich für deutsche Mittelstandsfirmen** gedacht waren.

Da nach dem erklärten Krieg gegen den Terrorismus die Passagiere internationale Flüge mit amerikanischen Fluggesellschaften meiden, sind die amerikanischen internationalen Fluglinien deswegen in eine schlimme Krise geraten. Da ist deswegen derzeit kein Geschäft zu machen. Die **Hessische Landesbank** gab der amerikanischen Fluglinie UAL 216 Mio \$, die **Norddeutsche Landesbank** 131 Mio \$, die **HypoVereinsbank** 97 Mio \$, die **Bayerische Landesbank** 75 Mio \$ und die **Deutsche Bank** 47 Mio \$. Auch die **HSH Nordbank** und die **Dresdner Bank** gaben über 30 Mio \$ Kredit.[\[84\]](#)

Nachdem UAL Insolvenz anmeldete und alle deutschen Gelder verloren waren, fanden die Entlassungen vor allem bei den deutschen Banken statt.

Auch die **deutsche WestLB**, deren Eigentümer zu 43% das Land **Nordrhein-Westfalen** ist und die eine **Dachorganisation von vielen hundert Sparkassen deutscher Sparer und kleiner Unternehmen** ist, arbeitet offensichtlich in erster Linie zum Wohl des Auslands: Anstatt deutsche Firmen vor der Insolvenz zu bewahren, investierte und verlor sie lieber einige **100 Mio \$** mit der amerikanischen **Flugzeugleasingfirma Boullion Aviation**. Dem **britischen TV-Geräteverleiher Boxclever**, der schon praktisch pleite war, gab die **WestLB** noch einen Kredit von 1,3 Mrd Pfund (**etwa 2 Mrd €**) und musste dann 2002 mit einem Jahresverlust von 1,7 Mrd €, dem größten in der Geschichte der Bank, fast selbst Insolvenz anmelden.[\[85\]](#) Das Geschäft mit **Boxclever** war von der amerikanischen **Finanzmanagerin Saunders** für die **WestLB** eingefädelt worden. Nachdem die **WestLB 2003 nochmal 860 Mio €** in **Boxclever** investiert hatte, gab sie den Verlustbringer Anfang 2004 wieder für 518 Mio € zurück.[\[86\]](#) Trotz dieser Pleite erhielt der Chef der **WestLB**, Jürgen Sengera, später eine Abfindung von ca. 3,5 Mio €. [\[87\]](#)



Zu dieser Zeit war **Peer Steinbrück (SPD)** Finanzminister in **Nordrhein-Westfalen** und kassierte für seine Tätigkeit im **Aufsichtsrat bei der WestLB** pro Jahr **25.000 € zusätzlich**. Er fühlte sich offensichtlich den Firmen und Arbeitern bei der britischen **Boxclever** mehr verpflichtet als den Firmen und Arbeitern, die ihn gewählt hatten. Kein Wunder also, daß **Peer Steinbrück (Urgroßneffe des Bankgründers DEUTSCHE BANK [Adelbert Delbrück](#))** erst Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und dann Finanzminister für Deutschland wurde. So jemanden wünscht man sich natürlich in England als Finanzminister von Deutschland.

Die **verlorenen Gelder** stammen größtenteils aus dem Bundesvermögen der **Salzgitter AG, der Preussag AG**, aus Zonenrandförderungsgeldern und aus dem **Verkauf von 7.500 bundeseigenen Wohnungen**. Der damalige Chef des Aufsichtsrates der **Preussag AG und spätere Chef der WestLB, Friedel Neuber**, verwandelte in kürzester Zeit ein Bundesvermögen **von 12 Mrd € in 5,4 Mrd € Schulden**.[\[88\]](#)

Als **Prof. Dr. Selenz 1998** als Vorstand der **Preussag AG** eine um **2,5 Mrd DM fehlerhafte Bilanz** unter solchen Umständen **nicht unterschreiben** wollte, warf **Neuber Selenz** einfach hinaus.[\[89\]](#) Die landeseigene Wohnungsgesellschaft LEG verkaufte Nordrhein-Westfalen 2008 zum Spottpreis der **US-Investmentbank Goldman-Sachs**. Die erhöhten sofort die Mieten der **92.000 Wohnungen**. Investiert wird da aber nichts, eher ist damit zu rechnen, dass Nordrhein-Westfalen einst völlig heruntergekommene Wohnungen wird zurückkaufen oder abreißen lassen müssen.[\[90\]](#)

Das Stahlunternehmen **Preussag** kaufte dann den **Reiseanbieter TUI** und damit das marode englische Reiseunternehmen **Thomas Cook**, als die Schulden dieses Unternehmens bei der **WestLB** erdrückend waren. So half man der WestLB und Thomas Cook, aber zu Lasten des Bundesvermögens und damit des Steuerzahlers. Das alles geschah im Einvernehmen mit der Politik. Der **Ex-MdB Wolf-Dieter Zumpfort** berichtete im **ARD-Bericht** aus Berlin am 19.9.2003 freimütig, dass hierfür über eine Clearingstelle in der Schweiz „**Geld in Umschlägen unter dem Tisch an Politiker und Beamte**“ verteilt wurde. Doch obwohl die **WestLB** 2008 krisengeschüttelt war, schien sie noch genügend Geld übrig zu haben, denn Ende 2008 mietete sie noch die oberen drei Etagen im neuen **New Yorker World Trade Center** für die nächsten 15 Jahre an, für **800.000 € pro Monat**.[\[91\]](#) **Die Finanzierung des neuen World Trade Centers muss wohl sichergestellt werden.**

Als es Ende 2003 in der Presse breit hieß, dass der amerikanische **Chiphersteller AMD 2,4 Mrd €** in Dresden investieren wollte, wurde das als Indikator dafür hingestellt, was für ein investitionswürdiger Standort Deutschland doch sei.

Näher hingeschaut bedeutete das aber, dass **AMD** von den 2,4 Mrd € nur **900 Mio** selbst investierte, und **1,5 Mrd € als Landes- und Bundesbürgschaften** in Form von deutschen Fördergeldern an **AMD** gegeben wurden. Bei dieser asymmetrischen Investition würde man eigentlich die Aktienmehrheit in deutscher Hand sehen wollen. **Oder man hätte für ein paar Euro weniger eine eigene Fabrik bauen können.**[\[92\]](#) [\[93\]](#)

Auch bei anderen großen Firmen gibt es durch die Freundschaft und die Konsenshaltung mit der amerikanischen und englischen Politik ganz neue, kreative Wege, die von deutschen Arbeitern erzeugten Vermögen ins Ausland zu verschaffen.

So kaufte die **Telekom im Sommer 2000** die marode amerikanische Firma **Voicestream**, die eigentlich höchsten **10 Mrd €** wert war, für völlig überbewertete **40 Mrd €**. Interessant ist dabei, daß durch dieses Vergrößern des Besitzes der **Telekom** andere Aktionäre mit ins Boot kamen, wie die **US Investmentbank Goldman Sachs**, so daß die **Telekom**, die zuvor zu 58% der Bundesrepublik Deutschland gehörte, seitdem nur noch zu 44% in deren Besitz ist.[\[94\]](#) Die BRD hat durch diesen Kauf die Mehrheit an der Telekom abgegeben. 4,5% an der Telekom hat dann Mitte 2006 noch mal der amerikanische **Equity Fond Blackstone** bekommen, herein gebeten vom deutschen Finanzminister **Peer Steinbrück**. Durch den Geldtransfer von 40 Mrd € von der deutschen Telekom konnten in den USA dann allerlei strukturelle Verbesserungen bei **VoiceStream** durchgeführt werden, während es in **Deutschland** bei der **Telekom Entlassungen** gab. So weit zur Einkaufsstrategie der **Telekom**.

Man muss sich einmal vorstellen, was für ein Riesenbetrag diese 40 Mrd € sind. Ein Vergleich mit den Werten des Bundeshaushaltes 2004 zeigt die Größenordnung: ohne solche Verluste wären für viele Vorhaben ausreichend Geld vorhanden. Warum hat die staatseigene Telekom dem Bund nicht einen Kredit in einer Höhe eingeräumt, der die Zinszahlungen ins Ausland wesentlich erniedrigt hätte?

Nicht nur beim Einkaufen, auch beim Verkaufen macht die **Telekom** nicht unbedingt Gewinn. Im Oktober 2005 trennte sich die Telekom von ihrem 49% Anteil an dem Servicenummernanbieter Digame, der Telefonabstimmungen durchführt. Bei einem Umsatz von rd. 60 Mio € erzielte Digame in 2004 einen Gewinn von rund 4 Mio € und der Wert der Firma wurde auf mind. 50 Mio € taxiert. Doch die **Telekom** erhielt beim Verkauf an die Beteiligungsgesellschaft Spütz nicht nur nichts, sie legte beim Verkauf noch 39 Mio € drauf und trat auch ihre 10%-Beteiligung an der holländischen **Holding Twister** mit an die **Spütz AG** ab. **Kontrolliert wird die Spütz AG von dem israelischen Geschäftsmann Jacob Agam**. Die Zeitung „Die Welt“ schrieb, **Jakob Agam** hätte der **Telekom Antisemitismus** vorgeworfen und mit einer Klage vor US-Gerichten gedroht. Nach einem verlustreichen Kauf durch **Ron Sommer (richtiger Name: Aaron Lebowitsch)** nun ein verlustreicher Verkauf an **Jakob Agam**.[\[95\]](#)



Der Verkauf von **Mannesmann an Vodafone**, von **Digame an Spütz** und vom **Dualen System an KKR** zeigt, wie **deutsche Riesen** von **ausländischen Zwergen** übernommen werden können. Die Übernahme des **Dualen Systems** ist dabei beachtenswert, weil es sich hier auch wieder um **reines Staatseigentum** handelt. Die Firma „**Das Duale System Deutschland**“, der **Grüne Punkt**, wurde als **Monopol in Deutschland** angelegt und die deutschen Einzelhändler wurden **staatlich verpflichtet**, Verpackungen mit dem grünen Punkt zurückzunehmen. Gleichwohl Fachleute den Wert der Firma auf 1,6 Mrd € schätzten und die Firma allein auf **ihrem Bankkonto 836 Mio € auswies**, verkaufte der Staat **2004 das Duale System Deutschland** für lediglich **260 Mio € an den amerikanischen Hedgefond KKR**. Der Hedgefond **KKR** nahm zum Erwerb einen Kredit auf, den er dann aus der erworbenen Firmenkasse des **Dualen Systems Deutschland** zurückzahlte.[\[96\]](#) **Nach diesem Prinzip plant der Staat inzwischen auch den Verkauf deutscher Wälder an ausländische Firmen und Fonds.**

Es gibt Hinweise darauf, dass es auf der Basis bester Kenntnisse der wirtschaftlichen Verhältnisse von Berufsgruppen und Einzelpersonen gezielte finanzielle **Abschöpfungsprogramme** gibt. In **Zahnärztkreisen** wurden beispielsweise 1987 von Finanzberatern geschlossene Immobilienfonds mit Abschreibungsmodellen als **Alterssicherung** vertrieben, bei denen zunächst eine **30-jährige Garantie** der Stadt Berlin für die Förderung der Sozialwohnungen im Fond bestand. Rund **4 Mrd DM** wurden so zusammengetragen. Nach **15 Jahren** zog der Berliner Finanzsenat die Garantie jedoch zurück, die Einlagen in typischer Höhe von jeweils **50.000 DM gingen verloren**, und heute sollen die Betroffenen sogar Beträge von **25.000 € als Nachschuss** aufbringen und einzahlen. Mancher Zahnarzt verliert dadurch seine gesamte private **Altersvorsorge**. Pikanterweise war dem Berliner Finanzsenat aber schon 1984 klar, also vor dem Start des Fonds, daß die Förderungen nur **15 Jahre** lang laufen sollten.[\[97\]](#)

Die **US-Bank Lehman Brothers** ist/war schon etwas besonderes, was sich allein daran zeigt, dass sie in den USA zwischen 2000 und 2008 die Anzahl von **360 Strafgerichtsverfahren** durchzustehen hatte. Einige Prozesse wegen Bilanzbetruges richteten sich dabei direkt gegen den Firmenchef **Richard Severin Fuld**.[\[98\]](#) Als die **US-Bank Lehman Brothers 2008 Pleite** ging, verloren etwa 50.000 deutsche Rentner und Sparer bei der **Citibank, der Dresdner Bank** und den **Sparkassen** ihre kleinen Ersparnisse eines ganzen Arbeitslebens.

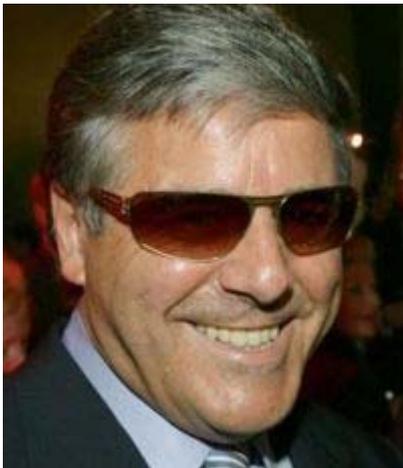
Der durch die Pleite von **Lehman** verursachte Schaden in Höhe von rund **300 Mrd \$** entstand allerdings schwerpunktmäßig außerhalb der USA, und da die USA sich ausländischen Kunden nicht verpflichtet fühlen, bestand für die USA bei der Pleite auch **kein Anlass, die Bank zu retten**. Bei **Lehman Brothers** waren die Zertifikate zudem von vornherein nie für eine Rückzahlung vorgesehen, sondern die Einnahmen wanderten direkt in einen Bilanzausgleich.[\[99\]](#) Verwundert beginnen die Sparer deswegen heute langsam zu verstehen, dass gegenüber früher die Räuber bei einem Bankraub nunmehr auf der anderen Seite des Tresens stehen. Und während die **Bankräuber früher gefasst und ins Gefängnis** geworfen wurden, erhalten Sie heute als Vorstände und Aufsichtsräte **prächtige Boni für ihre Verbrechen**.

Zertifikate wurden in den neunziger Jahren von US-Banken wie **Lehman Brothers, Goldman Sachs oder Meryll Lynch** als Finanzprodukte entwickelt, etwa zur selben Zeit, als Penny Pritzker, die amerikanische Hotelerbin der **Hyatt-Kette** und Finanzchefin der **Obama-Wahlkampagne**, die Verbriefung von hochriskanten Hypothekenbriefen erfand, deren Umsatz man auf 600.000 Mrd Dollar schätzte.[\[100\]](#)

Zertifikate ermöglichten ein besonders einträgliches Geschäft mit Anlegern außerhalb der USA, **Amerikanern war und ist der Handel mit den Zertifikaten untersagt.**

Zielgebiet war insbesondere Deutschland, denn es war bekannt, dass die Deutschen weltweit die größte Menge an Ersparnissen auf einfachen Sparkonten hatten, über **3,4 Billionen Euro**. Zertifikate zeigen Kursbewegungen, die zwar einen Bezug zu einer Aktie, einem Index oder einem Rohstoff haben, die ansonsten aber finanzmathematisch relativ frei definiert werden können. Damit sind der Kreativität der Derivate-Entwickler keine Grenzen gesetzt. Es können Schwellen und Hebel eingebaut sein, die das Geld ruck-zuck vom Anleger zur Bank befördern. Die **Investmentlegende Warren Buffett** nannte die Derivate „**finanzielle Massenvernichtungswaffen.**“[\[101\]](#)

Sollte eine Kursbewegung doch einmal ungünstig für eine Bank sein, so darf dieser den Kurs einfach aussetzen. Am besten für die Banken ist aber, daß **Zertifikate** den Sparern im Falle einer Pleite nicht ersetzt zu werden brauchen, sie gehören nicht zu den abgesicherten, geschützten Vermögensanlagen. Die **Lehmann-Zertifikate** wurden in **Deutschland** insbesondere von der **Deutschen Bank** an ihre Anleger und Sparer vermittelt.



Eine Devisenhändlerin gesteht 2009 in einem Buch „**Der deutsche Zertifikatemarkt war über Jahre die Kuh gewesen, die wir gemolken hatten.**“[\[102\]](#) Schließlich waren allein bei der **Deutschen Bank** rund 30.000 Rentner geschädigt und rund 125 Mrd € hatten den Besitzer gewechselt. Die einen verloren zwar, andere gewannen dadurch aber, und im November 2007 erhielt der Chef der **Deutschen Bank, Josef Ackermann, in New York** den großen Orden der **Lehmann-Bank** verliehen, den **Herbert H. Lehman Human Relations Award**, und im Juni 2009 erhielt die bundesdeutschen Kanzlerin **Angela Merkel** für ihre Zuarbeit in **Washington einen Preis**, den man nach dem **Bankier Eric M Warburg** benannt hat.

Als Schutzinstitution für die die Investoren sollte eigentlich die deutsche **Bankenaufsicht** wirken, die **BaFin**, das Bundesministerium der Finanzen. Die **BaFin** hatte aber nie etwas gegen den **Verkauf von Zertifikaten in Deutschland**, woran erkennbar ist, daß die **BaFin** eher als Schutzeinrichtung für die US-Banken arbeitet denn als Schutzeinrichtung für die **deutschen Sparer**, was wenig verwundert, wird die BaFin doch nicht durch Steuergelder sondern durch Umlagen der von ihr beaufsichtigten Banken finanziert.

Auch die Landesbehörden der **BaFin**, die Ordnungsämter der Landräte, prüfen praktisch nie die lokalen Finanzvertriebe wie **AWD, MAGUS, PHOENIX usw.** auf den Strukturvertrieb wertloser Wertpapiere ab, sondern **prüfen allenfalls** die Bücher der angeschlossenen **provisionierten Handelsvertreter daraufhin, ob die denn auch brav alles nach oben abgeliefert haben.** Und nachdem der Finanzanleger **PHOENIX die 100.000 € Ersparnisse des Rentners Paul Lange** verzockt hatte, **erhielt sein Rechtsanwalt nicht einmal Einsicht in die Prüfungsunterlagen der Ämter,** trotz Informationsfreiheitsgesetz.[\[103\]](#)

Die Vernachlässigung der Interessen der deutschen Anleger ist bei der **BaFin** praktisch Routine. Als die isländische **Kaupthing-Bank** Ende 2008 Pleite ging, sahen sich 30.000 deutsche Kunden als Geschädigte. Aber völlig unnötig, denn in **Österreich, Norwegen, Finnland und Schweden** erhielt **jeder Kaupthing-Kunde sein Geld zurück,** wenn er es wollte. In **Deutschland** aber sperrte die **BaFin** die Konten der **Kaupthing-Bank,** und so konnten die **deutschen Anleger ihr Geld nicht zurückerhalten.**[\[104\]](#)

Auch anderes spricht dafür, daß die **deutschen Behörden** keineswegs die **Interessen der deutschen Sparer schützen** sondern eher den **US-Banken** und amerikanischen Organisationen helfen, die **Deutschen kräftig auszuplündern.** Beispielsweise verdienen **US-Banken** heute auch daran, wenn deutsche Hauseigentümer ihre Kredite und Hypotheken nicht mehr bedienen können, und sie haben so manches Haus in Deutschland für 30% des Wertes bekommen. Die **Hypo Bank ließ den US-Investor Lone Star** verdienen und verkaufte ihm **1350 Kreditportfolios,**[\[105\]](#) weitere bekam **Goldmann Sachs.**[\[106\]](#) Für 30% des Preises hätte vielleicht auch mancher in Schwierigkeiten geratene Erbauer eines Eigenheimes weitermachen können, **aber Geld und Besitz sollten wohl umgewidmet werden.**

Eine verschärfte Form dieses Geschäfts ist bei der **Hypo Real Estate Bank** der Verkauf von gut bedienten Hypotheken an US-Inkassounternehmen wie die **Hudson Advisors GmbH,** eine Firma, die gar kein Interesse an Rückzahlungen hat, sondern die die Kredite umgehend kündigt. **Obwohl beispielsweise Sybille R. aus Wahlitz bei Magdeburg den Kredit für die Renovierung ihres Hauses planmäßig zurückzahlte hatte, leitete das US-Inkassounternehmen die Zwangsversteigerung ihres Hauses ein.**



Und die deutsche Justiz spielte auf der Seite der US-Unternehmen mit und billigte diesen Vorgang.[\[107\]](#) Auch **Sparkassen in Schleswig-Holstein** verkauften gut bediente Kredite an den **US-Fond LoneStar** weiter, der diese sofort vollstreckte, wie Christian Jentsch in einer **ARD-Dokumentation** berichtete.[\[129\]](#) Einige Sparer verloren so unverschuldet ihre Lebensleistung und einige brachten dich darauf um, andererseits konnten ein paar **Sparkassendirektoren** sich dafür selbst fürstliche Kredite genehmigen.

Rechtsanwälte und Justiz helfen auch noch auf anderen Wegen bei einer Neuverteilung deutschen Immobilienbesitzes mit.

New Yorker Anwälte führen in **Deutschland** unter den Besitzern älterer Häuser und Grundstücke aus der Zeit vor **1945** systematisch Analysen der Grundbücher über die Besitzverhältnisse dahingehend durch, ob man diese Häuser und Grundstücke nicht **zugunsten jüdischer Vorbesitzer** beanspruchen könnte. Den **New Yorker Anwälten** gelingt es dabei auch in Erfahrung zu bringen, **wie es um die betreffenden Privatvermögen der Hausbesitzer steht**, und neben der Enteignung stellen sie dann Forderungen für Nutzungsausfall, mit denen sie das **Privatvermögen zielgenau abschöpfen**. Es erfolgt dann über deutsche Gerichte eine ersatzlose Enteignung.

Als Dieter S. im Jahre **2001** ein Haus in **Görlitz mit acht Wohnungen von seinem Vater erbte**, war das Haus völlig heruntergekommen und praktisch unbewohnbar. Doch er renovierte er es in **vier Jahren** aufwändig, um dann die Wohnungen vermieten zu können. Als er gerade mit dem Renovieren fertig war, meldeten sich die **Gerichte** und verlangten die Hergabe des Hauses, weil es zur **Nazizeit in jüdischem Besitz gewesen sei**. Sein Vater hatte das Haus zwar von einer Bank erworben, doch das zählte nicht, denn eine frühere **Vorbesitzerin war Jüdin. Das geerbte Haus wurde Dieter S. per Gerichtsbeschluss ohne irgendeine Entschädigung abgenommen**. Nicht einmal die Renovierungskosten erhielt er erstattet. Damit aber nicht genug, die **Jewish Claims Commission** verlangte nun für die vier Jahre, die das Haus im Besitz von Dieter S. war, eine Nutzungsausfallentschädigung von **100.000 €** und beanspruchte damit quasi die gesamten Lebensersparnisse und Altersrücklagen des Rentners. Und die Gerichte gaben der **Jewish Claims Commission Recht, Dieter S. verlor sein Erbe und mußte zusätzliche 50.000 € zahlen**.

Diese gezielten Abschöpfungen machen klar wie gefährlich es ist, seine finanziellen Verhältnisse Banken und anderen Organisationen wie der **Schufa** oder der **Creditreform** gegenüber genau anzugeben. Zu tausenden werden ahnungslose Bürger **Opfer von deutschen Gesetzen und Verordnungen**, die man nur als kriminell bezeichnen kann.

Auf Beschluss des Bundesgerichtshofes soll z.B. Karl-Heinz Fröhlich den Rest eines Kredites zurückzahlen, den sein Großvater zur Kaiserzeit 1920 aufgenommen hatte. Sein Großvater hatte den Kredit für einen Gutshof aufgenommen, den er damals betrieb. Als ihm jedoch 1950 von der DDR das Gut ohne Entschädigung enteignet wurde, konnte der Großvater den Kredit nicht mehr vollständig zurückzahlen. Karl-Heinz Fröhlich soll nun, laut Gerichtsbeschluss, für seinen Großvater aufkommen.[\[108\]](#)

Rund 700 deutsche Familien waren 2008 mit solchen Forderungen konfrontiert und teils mit gerichtlicher **Zwangsvollstreckungen** bedroht. Und der **Bundestag der Deutschen** hat diesen Forderungen 2001 per Gesetz Legitimität gegeben. **Kriminell** ist dieses Gesetz auch insofern zu nennen, als dass wahrscheinlich kein Abgeordneter selbst betroffen ist, etliche Abgeordnete aber durch **Aufsichtsratsantienen der Banken** davon profitierten.

Fonds und Versicherungen helfen ebenfalls mit, daß Geld der deutschen Anleger ins Ausland zu transferieren. Viele Institutionen preisen die amerikanischen Geldanlagen als besonders lukrativ an. Was **Schiffsbeteiligungen** anbelangt, so werden zwar kaum mehr Schiffe in **Deutschland** produziert, doch 60% der heute schwimmenden Öltanker sind mit dem Geld deutscher Anleger finanziert. Als Währung gilt dabei der **US-Dollar**, d.h. sämtliche Darlehen, Einkäufe und Verkäufe werden in **US-Dollar** getätigt.

Vor einigen Jahren versuchte die US-Filmindustrie noch daraufhin zu wirken, daß in Europa sämtliche Filmsubventionen verboten werden,[\[109\]](#) doch dann fand man eine bessere Lösung. Die Filme aus den Hollywoodstudios werden heute teils aus deutschem Anlegerkapital finanziert und die Studios erhalten obendrein noch **deutsche Staatssubventionen**. Etwa **9 Mrd \$** sind so seit **1999** aus **Deutschland** nach **Hollywood** geflossen,[\[110\]](#) wobei etwa die Hälfte aus Inhaber-Schuldverschreibungen für Filmfonds stammt, die letztlich über steuerliche Abschreibungen in **Deutschland** finanziert sind. **„Stupid German Money“ nennt man das in den USA.**

Der von Kulturstaatsminister **Bernd Neumann (CDU, früher Bremen)** ins Leben gerufene Deutsche Filmförderfonds DFFF unterstützte **beispielsweise 2007 Tom Cruise** bei seinem **Anti-Hitler-Film mit 5 Mio €**. Diese Fördersumme übersteigt die Produktionskosten der meisten deutschen Filme bei weitem.[\[111\]](#)

Oft resultierten Filme zur Holocaust-Thematik wie **„Schindlers Liste“** oder **„Der Pianist“**. Zwischen **1989 und 2003** allein wurden mehr als **170 Filme mit Holocaust-Themen gedreht**,[\[112\]](#) manche Quellen verzeichnen sogar **429 Titel**.[\[113\]](#) Manchmal fallen Filme zu diesem Thema aber auch so grottenschlecht und ungläubwürdig aus, daß sie die Kinos gar nicht erst erreichen, so wie ein Film von **Jerry Lewis**, in dem er einen **Clown** spielt, der Kinder in **KZ-Gaskammern** führt.[\[114\]](#)

Auch die gepriesene Exportweltmeisterschaft der deutschen Wirtschaft, ein Ausfuhrüberschuss von **195 Mrd € 2007**, verdient genauere Betrachtung. Verschiedenes spricht dafür, dass es sich hier eigentlich um verdeckte **Reparationszahlung, Subventionen, Schutzgeldzahlung** oder um eine Weltmeisterschaft im Spendieren handelt.

Die Besteuerung spricht dafür, weil es auf Exporte keine Steuern gibt. Während die Deutschen im Inland auf alles 19% Umsatzsteuer zahlen müssen, erhalten **Ausländer die deutschen Produkte ohne Aufpreis**, und die **Mehrwertsteuer** wird ihnen sogar zurückerstattet, sollten sie diese versehentlich gezahlt haben. Regierungen im Ausland können ihre Verkaufssteuern aufschlagen und verdienen. Der Preis spricht des weiteren dafür, weil es sich bei vielen Exporten um ein Zuschußgeschäft handelt: Die Preise deutscher Fahrzeuge in den **USA** beispielsweise sind dort bis zu **50% niedriger als in Deutschland**, trotz sehr viel besserer Ausstattung, trotz Spezialanpassung an die amerikanischen Sicherheitsvorschriften und trotz Verschiffung im Container. Ein Golf, der in Deutschland 20.000 € kostet, ist in den USA so für lediglich 10.000 € zu haben. 5,5 Mio Fahrzeuge werden jährlich in Deutschland produziert, ein Drittel der europäischen Gesamtproduktion, 20% der Weltproduktion.[\[115\]](#) Wenn 2008 Fahrzeuge im Wert von 73 Mrd € in die USA exportiert wurden, so wurden den USA bei einem gegebenen US-Rabatt von 50% also rund **73 Mrd €** spendiert.[\[116\]](#) Und schließlich bleibt auch zu fragen, wer den letztlich von diesen Exportüberschüssen profitiert. Soweit diese nämlich von ausländischen Firmen in Deutschland erzielt werden, fließen sie als Gewinne ins Ausland ab und zurück für **Deutschland** bleiben nur die Späne der **Arbeit, die Entlassenen, die Kranken, die Verunfallten und die Umweltverschmutzung**.

Die Reformen der Bundesregierung dienen nicht dem Wohlergehen der einfachen Bürger, sondern dem der großen Firmen. Der Redakteur **Karl Weiss** von der **Berliner Umschau** schätzt, dass durch die „Reformen“ von den großen Firmen heute pro Jahr **100 bis 150 Mrd € weniger an Steuern** erhoben werden als vor der Kanzlerschaft von **Helmut Kohl**.[\[117\]](#)

Bei **Angela Merkel** hat sich dahingehend nichts geändert, **im Gegenteil**, es ist noch rapider schneller vorangetrieben worden.

Firmen können heute die Kosten für die Verlagerung von Firmenteilen ins Ausland in **Deutschland** geltend machen, während sie die im Ausland erzielten Gewinne nicht in **Deutschland** zu versteuern brauchen. Auch die Kosten für die Entlassung von Arbeitern und Kursverluste lassen sich in **Deutschland** von der Steuer absetzen. Viele der größten Firmen im Lande haben sich so regelrecht zu verdeckt antisozialen Organisationen entwickelt. Anders kann man es nicht nennen, wenn eine Firma wie **Infineon erst 1 Mrd € an Subventionen** für ihre Fabrik in Ostdeutschland bekommt, dann aber 2003 erklärt, sie wolle zum Teil ins Ausland umziehen. Die abwandernde **Körber AG** erhielt ebenfalls **einige Millionen €** an Subventionsgeldern. Eine Fachhochschule in Ost-Berlin entwickelte für sie eine Hochleistungsschleifmaschine, und die will die **Körber AG** aber jetzt von der Schweiz aus verkaufen und den **Standort Berlin** aufgeben.



Müller Milch erhielt 31 Mio € Subventionen für den Stellenaufbau in Ostdeutschland, schloss aber zwei Standorte in **Westdeutschland** und der Eigentümer verlegte seinen privaten Wohnsitz in die Schweiz, jetzt nach Österreich, der Erbschaftssteuer wegen.

Und so zahlt die Bundesrepublik jedes Jahr ca. 25 Mrd € an Subventionen auch an solche deutschlandfeindliche Firmen. Für Firmen gibt die BRD insgesamt mehr an Subventionen aus als für **die ganze Sozialhilfe zusammen genommen**. Ein Großteil von den **70 Mrd €** jährliche Unternehmenssteuern fließt so an Unternehmen zurück, die nichts Besseres zu tun haben, als das Geld ins Ausland weiterzureichen. Es ist aber bei so einem Umzug nicht nur der Verlust an Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen zu sehen, man muss auch sehen, daß diese Firmen alle Patente und Rechte mit ins Ausland nehmen, die von deutschen Ingenieuren entwickelt wurden.

Damit da von den großen Firmen, den Kapitalgesellschaften, genügend viel abfließen kann, hat die Steuerreform von Finanzminister **Hans Eichel anno 2000** dafür gesorgt, dass steuerlich versierte Kapitalgesellschaften praktisch **keine Steuern** mehr zu zahlen brauchen. Kapitalgesellschaften können ihre Buchgewinne an Beteiligungen (z.B. durch gestiegene Aktienkurse) steuerfrei realisieren, Buchverluste (z.B. durch gefallene Aktienkurse) dagegen dürfen sie steuerlich abschreiben. Erst als **Vodafone 2004** die **unverschämte Summe von 52 Mrd € abschreiben wollte**, fiel der Öffentlichkeit auf, was für eine Vorzugsbehandlung hier legitimiert wurde. Tatsächlich erlaubte der Staat **2009** der Firma **Vodafone eine Abschreibung von 15 Mrd €**.[\[118\]](#)

Allein bei den **DAX30**-Firmen schätzt man steuerlich legitimierte Buchwertverluste von 100 Mrd € pro Jahr. **Siemens z.B. zahlte 2002 in Deutschland keine Steuern, ließ sich vielmehr 349 Mio € vom Finanzamt ausbezahlen**, zahlte aber im Ausland Steuern.[\[119\]](#) Auch so kann man das Geld vom deutschen Steuerzahler ins Ausland pumpen.

Seit der Steuerreform 2000 dürfen deutsche Konzerne ihre ausländischen Verluste mit den inländischen Gewinnen verrechnen, was den Steuerzahler viele Milliarden kostet. Und wenn ein großer Konzern Firmenanteile verkauft, so kann er die Gewinne steuerfrei kassieren, macht das ein **kleiner Handwerker** mit seinem Betrieb am Ende seines Erwerbslebens, so ist er **voll steuerpflichtig**. Die großen Firmen werden die nächsten Jahre keine Steuern zahlen, die Steuerlast wird zu den kleineren Firmen, zur Einkommenssteuer und Lohnsteuer der einfachen Arbeitnehmer verschoben. Kein Wunder, **wenn es dem in Deutschland immer schlechter geht.**[\[120\]](#)

Während im Fernsehen Bilder von kriminellen Bürgern gezeigt werden, die an der Grenze zur Schweiz von der Polizei geschnappt wurden, wie sie **10.000 €** ins Ausland schmuggeln wollen, entgeht der Aufmerksamkeit völlig, **wie die großen Firmen und Banken** mit der Unterstützung und dem Wohlwollen des Staates **Milliardenbeträge** ins Ausland abfließen lassen. Während der Staat für die **Öffentlichkeit** mit der Lupe nach den kleinen deutschen Termiten am Bau sucht, übersieht er dabei aber geflissentlich, wie global agierende Elefanten das ganze Haus niedertrampeln.

Die 70 Steuerfahnder der Abteilung V des **Finanzamtes Hessen** waren die vielleicht besten im ganzen Lande. Sie hatten 2001 dem Land 250 Mio € und dem Bund 1 Mrd € verdient.[\[121\]](#) Und 2008 schien es so, als sei ihnen wieder ein großer Wurf gelungen. In ihrem Bereich haben alle großen Banken ihre deutschen Zentralen, und die Steuerfahnder kamen in den Besitz von 326 Akten und 357 Ordnern zu gewaltigen Geldtransaktionen nach **Liechtenstein**. Steuerliche Zusatzeinnahmen in **Milliardenhöhe** standen in Aussicht. Als bekanntester Vermögensverschieber geriet der ehemalige **Postvorstand Klaus Zumwinkel** ins Netz. Doch da fühlten sich einflussreiche Kreise bedroht, und das Imperium reagierte. Man erreichte, daß die komplette Steuerfahndungsabteilung des **Finanzamtes Hessen aufgelöst wurde**, die meisten **Beamten** wurden auf andere Posten versetzt, vier besonders erfolgreiche Fahnder wurden mit Mitte vierzig unfreiwillig in den vorzeitigen Ruhestand geschickt, der erfolgreichste Fahnder wurde sogar im Auftrag der hessischen Landesregierung als **Querulant in die Psychiatrie eingewiesen**, und die **Staatsanwältin Margrit Lichthagen**, die **Zumwinkel** den Prozess machen wollte, wurde von ihrer Justizministerin mit **Zwangsversetzung** bedroht und gab auf. **Zumwinkel** und alle anderen großen Geldverschieber kamen glimpflich davon.[\[122\]](#) [\[123\]](#)



Bezüglich der **Mehrwertsteuer** lässt der Staat an den Grenzen ein seltsames Geschehen zu, mit dem ihm jährlich geschätzte 20 Mrd € verloren gehen.[\[124\]](#) Die **Mehrwertsteuer** ist als Verbrauchssteuer von der Regierung nur für den deutschen Bürger gedacht, Unternehmer und die Besucher aus anderen Ländern brauchen sie nicht zu zahlen. So gibt es überall in den Grenzorten Geschäfte mit Hinweisschildern, daß den Kunden da die **Mehrwertsteuer** zurückerstattet wird (**MOMS, VAT**). Gegen Vorlage einer Rechnung erhält der Betreffende bei diesen Stellen die **Mehrwertsteuer** sofort in Bar zurückerstattet.

Man mag es als **Deutscher** schade finden, dass es uns nirgendwo im Ausland auch so gut ergeht, doch der Clou sind die Schwindeleien im größten Umfang, gegen die der Staat nur wenig unternimmt. So werden beispielsweise in vollbeladenen LKWs dieselben Waren im Kreis immer wieder von Deutschland aus über die Grenze und zurück gefahren, und jedes Mal wird erneut die **Mehrwertsteuerrückerstattung** vom deutschen Finanzamt kassiert. Bei einer Ladung mit 500 Computern macht das bei jedem Grenzübertritt eine Einnahme von ca. 80.000 € aus.

Das Geld wandert überall hin, wenig bleibt im Lande. Die **FraPort AG**, also die Firma, die den **Frankfurter Flughafen** betreibt, hat 4 Mrd € ihrer Anleger in Manila in den Sand gesetzt, weil die **Philippinen** den dort von der **FraPort** gebauten Flughafen nicht bezahlen wollen. Schlecht für die Geldanleger. Nicht so schlecht für die Vorstandsmitglieder von **FraPort**, die sich 2003 trotzdem eine nette Aufstockung ihrer Gehälter **von jährlich 500.000 € auf 750.000 €** genehmigten. War ja auch längst überfällig. Wer kann schon mit nur 500.000 € pro Jahr auskommen? Und 2008 unterstützt die Bundesregierung die **FraPort** da gern mit **41,9 Mill €**, als Bundesgarantie zum Schutz vor Risiken im Ausland. [\[125\]](#)

Bei den geschäftlichen Verlusten der Wirtschaft bei Auslandsgeschäften scheint die Ursache aber weniger im Peter-Prinzip zu bestehen oder darin, dass es inkompetente Nieten in Nadelstreifen an die Spitze von Großkonzernen geschafft haben, [\[126\]](#) es scheint eher so zu sein, dass bewusst korrupte Manager und Entscheider an Schlüsselstellen installiert werden, damit man mit ihrer Hilfe gezielt Geld abfließen lassen kann. Wie sonst wären nach den ja für die Firmen gigantischen Pleiten die hohen Abfindungen für diese Manager zu erklären und wie sonst, daß diese danach regelmäßig schnell die nächste Chance erhalten, ihr unheilvolles Management in einer anderen Firma fortzusetzen. Angesichts dieser gigantischen Fehlleistungen ist es schierer **Hohn**, wenn da einige äußern, die hohen Managergehälter seien wegen der gewaltigen Personalverantwortung der Manager durchaus gerechtfertigt. So wie es angesichts der heutigen Massenentlassungen aussieht, beziehen die Topmanager ihre Topgehälter eher proportional zu ihrer **Skrupellosigkeit**.

Der französische **Historiker Emmanuel Todd** erinnert sich an den Skandal der **Credit Lyonnais** und meint, daß ein massives finanzielles Engagement in den Vereinigten Staaten immer der Ankündigung einer Katastrophe gleichkommt. [\[127\]](#) Wie wird sich also z.B. **Siemens** entwickeln, wenn im **Aufsichtsrat** inzwischen schon **drei der Herren nicht mehr aus Deutschland sind**? Zuletzt trat im August 2003 der in New York lebende **Jerry I. Speyer** in den Siemens-Aufsichtsrat ein, um hier seine Kollegen **John D. Coombe** und **Sir Ian Vallance** zu unterstützen. Wie viele **Deutsche** sitzen eigentlich im Aufsichtsrat von **General Electric**?

Die Abschöpfung der Deutschen zugunsten insb. des US-Auslands wird sich jedenfalls so schnell nicht ändern. Das machte eine Anfrage des CDU-Parlamentariers **Martin Hohmann** klar. **Der fragte 2003:** [\[128\]](#)

1. Ist die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftsentwicklung und des Rückgangs der Staatseinnahmen bereit, ihre Zahlungen an die Europäische Union zu verringern? – Die Antwort war: Die deutsche Verpflichtung gegenüber der Europäischen Union wird ohne Abstriche eingehalten.

2. Ist die Bundesregierung bereit, sich auch für deutsche Zwangsarbeiter einzusetzen, nachdem für ausländische und **jüdische** Zwangsarbeiter **10 Milliarden DM** zur Verfügung gestellt worden sind? – Die Antwort war: Man könne die beiden Fälle nicht vergleichen. Die Bundesregierung wird sich gegenüber Rußland, Polen und der Tschechischen Republik auch nicht für eine **symbolische Entschädigung** und ein Zeichen der Genugtuung für die deutschen Zwangsarbeiter einsetzen.

3. Ist die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftsentwicklung und des Rückgangs der Steuereinnahmen bereit, ihre Entschädigungszahlungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (also an – **vor allem jüdische** – Opfer des Nationalsozialismus) der gesunkenen Leistungsfähigkeit des deutschen Staates anzupassen? – Die Antwort war: Nein, der Respekt vor dem damaligen Leiden dieser Menschen gebiete, das **Entschädigungsniveau** uneingeschränkt aufrechtzuerhalten.“

Und sein Fazit fasste **Hohmann** anschließend so zusammen:

„Mich haben diese Antworten nachdenklich gemacht und sie bestätigen die in unserem Land weit verbreitete Anschauung: Erst kommen die anderen, dann wir. Überspitzt gesagt: Hauptsache, die deutschen Zahlungen gehen auf Auslandskonten pünktlich und ungeschmälert ein. Dafür müssen die Deutschen den Gürtel halt noch ein wenig enger schnallen. Offen gestanden, ich würde mir einen Konsens wünschen, wie er in vielen anderen Ländern der Welt besteht. Dort lautet dieser Konsens: Der eigene Staat muss in erster Linie für die eigenen Staatsbürger da sein. Wenn schon eine Bevorzugung der Deutschen als nicht möglich oder nicht opportun erscheint, dann erbitte ich wenigstens Gleichbehandlung von Ausländern und Deutschen.“

Was ist die Konsequenz aus der Finanzkrise und was müsste geschehen? Zumindest zwei Konsequenzen sind zu ziehen. Der erste Punkt betrifft die **Übernahme von Pleitefirmen: Banken, Versicherungen und große Firmen ab vielleicht 10.000 Mitarbeitern, 1 Mrd Umsatz und/oder Gewinn**, das bleibt zu erkunden und festzulegen, gehören nicht in Privathand sondern müssen dem Gemeinwohl dienen. Das Eigentum kann dabei durchaus auf Aktionäre verteilt bleiben und die können ihre jährliche Dividende erhalten, aber die Entscheidungsbefugnis gehört abgelöst vom Besitz, die oberste Finanzkontrolle gehört verstaatlicht, die Aufsichtsräte aufgelöst und durch einen staatlichen Finanzkontrolleur für diese Firma ersetzt, der auch alle **Lobbyisten** ersetzt und einziger Mittler zur Politik ist. Der Staat sollte sich dabei nicht unbedingt in Entwicklungsabteilungen einer Firma einmischen, aber die Belegschaft sollte ab der Übernahme durch den Staat von ganz oben runter nach dem Bundesangestelltentarif **BAT** bezahlt werden, während der staatliche Finanzkontrolleur dafür sorgt, daß die **Gewinne der Firma dem Staat zufließen** und nicht sonst irgendwo im Ausland oder als private Boni verschwinden.

Kleinere Firmen bis zur Limitgröße sollten dagegen freier als jetzt „kapitalistisch“ agieren dürfen, und der Start sollte neuer Firmen und damit neuer Produkte und Dienstleistungen mehr fördern als bisher. Angehende Unternehmer sollten nach positiver Prüfung ihres Businessplans durch ein regionales Wirtschaftsgremium ein Startgeld und eine Erstfinanzierung erhalten.

Der zweite Punkt betrifft die Auflösung der **Staatsverschuldung** und die Kreditvergabe. Die Entstehung von Geld und Kredit muss zurück in Staatshand, die Verschuldung des Staates bei **Privatbanken beendet** werden.

Der Staat muss selbst das Geld erschaffen dürfen, das benötigt wird, um einen ungestörten Warenaustausch zu ermöglichen. **Geldmenge, Zinsen und Wechselkurse** müssen durch ihn oder eine unabhängige, nationale Institution, so wie einst die Bundesbank, so kontrolliert werden, dass weder **Inflation noch Deflation** entsteht. Vor allem aber dürfen die Entscheidungen darüber, welche Firmen und Projekte Kredite erhalten, nicht mehr von ausschließlich am Profit orientierten Personen und **Prinzipien (Basel II)** vorgenommen werden, sondern regionale und überregionale Wirtschaftsgremien müssten darüber entscheiden dürfen, wo es weiter geht und wo nicht.

Die Kontrolle und der Gewinnzufluss aus den großen Firmen sollte es ermöglichen, die **Mehrwertsteuer** europaweit auf einen einheitlichen Wert zu reduzieren oder sie sogar abzuschaffen und lediglich noch regionale Steuern zur Regelung des Konsums (**Alkohol, Tabak, Mineralöl, Schadstoffe**) zu erheben. Durch die voranschreitenden Rationalisierungseffekte sollte sogar eine fortschreitende Reduktion der Arbeitsstunden pro Woche und die Zahlung eines Bürgergeldes in Aussicht stehen.

[1] <http://www.arge-deutsche-geschichte.de/zeitgeschichte/bizone.htm>

[2] New York Times Ausgabe vom 30.11.1947.

[3] Karlheinz Deschner: Der Moloch, eine kritische Geschichte der USA, Heyne, München, 6. Aufl. 1999, S. 273.

[4] Irina Wolkowa: 42 strategische Sektoren. Neues Deutschland, 5.4.2008.

[5] Werner Rügerner: Vernichtungsinvestitionen. Junge Welt, 17.4.2004

[6] Ausland hält erstmals Mehrheit an DAX-Firmen, www.welt.de, 17.12.2007.

[7] Affäre Opel. <http://www.mmnews.de/>, 7.3.2009.

[8] Sascha Adamek und Kim Otto: Der gekaufte Staat. Kiepenheuer & Witsch, 2008.

[9] Ralf Küttelwesch: Morgenthau Schatten, Preußische Allgemeine Zeitung, 51/52, 2003.

[10] BWL-Bote, 29.01.2002, www.bwl-bote.de

[11] Prof. Dr. Eckhardt Wanner: 55 Jahre Londoner Schuldenabkommen – das Ende einer historischen Finanzmisere. www.die-bank.de, 03/März 2008.

[12] Stephan Dörner: Der lange Schatten von Versailles. <http://www.rp-online.de/>, 3.12.2009.

[13] Ulrich W. Sahn: Geraubtes jüdisches Eigentum, www.hagalil.com, 04/2005.

[14] <http://www.pol-ag.de/html/wiedergutmachung.html>

[15] Nana Sagi: Wiedergutmachung für Israel. Die deutschen Zahlungen und Leistungen. Stuttgart, 1981, S. 208.

[16] Siehe Artikel von Orfried Nassauer vom 11.10.2006.

[17] Ofer Aderet: Deutschland zieht Ermittlungen gegen die Claims Conference in Erwägung. www.hagalil.com, 16.06.2008.

[18] Ronald Schröder: Steht unser System vor dem Kollaps? Preußische Allgemeine Zeitung, 29.11.2003.

[19] Nach einer Aussage von Charles Biedermann, Chef des Archivs vom Suchdienst des Roten Kreuzes in Arolsen

[20] Wehrmachts-Schau mit Steuergeldern, Preußische Allgemeine Zeitung, 21.2.2004.

[21] Mehr Geld vom Bund für Holocaust-Mahnmal. Märkische Oderzeitung, 10.11.2006.

[22] Auschwitz-Diebstahl nur PR-Kampagne? <http://polskaweb.eu/>, 6.1.2010.

[23] Some German Bond Owners Want Money. Associated Press, 19.4.2005.

[24] Benedikt Fehr: Streit um deutsche Goldanleihen geht weiter. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.11.2006.

[25] Israel sets Holocaust Damage at \$240 Billion. Associated Press, 21.4.2005.

- [26] Stadt schließt Staatsvertrag mit Jüdischer Gemeinde. www.abendblatt.de, 21.06.2007.
- [27] www.hagalil.com
- [28] Überdurchschnittlich viele israelische Millionäre. www.israelnetz.de, 22.06.2006.
- [29] Kalter Krieg zwischen Deutschland und Polen. www.merkur-online.de, 8.9.2006.
- [30] Dorothea Siems: Der deutsche Sozialstaat – Zahlen und Fakten. Die Welt Online, 27.6.2004.
- [31] Claude Michael Jung: „Alte wollt ihr ewig leben“? Berliner Umschau, 24.01.2007.
- [32] Senioren-Zeitschrift Kanapee, Augsburg im Oktober 2007. Doch wie kann der Entnahmebetrag höher sein als das Jahres-Gesamtbudget?
- [33] 438.873 Asylbewerber in 1998. Vgl. Statistisches Bundesamt, Asylbewerberleistungsstatistik.
- [34] Laut der israelische Zeitung NAI sollte es sogar 140.000 € betragen. Auf Nachfrage bei der Zeitung, auf welche Quelle sie sich da beziehe, antwortet die Redaktion allerdings nicht. Siehe: nai Nachrichten aus Israel, Jerusalem, Israel, nai online am 23.06.03, <http://www.nai-israel.com/aktuelles/headlines.asp?CatID=14&ArticleID=1617>
- [35] So z.B. in Freilheim in Bayern.
- [36] Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Band 8a: Leistungen nach dem Fremdrentengesetz.
- [37] Wohnen in Florida, ntv-online, 15.08.2003
- [38] Reinhard Dörfler: Deutsche Gründlichkeit, Wirtschaft, 11/2003, S.3.
- [39] tagesschau.de: 1,3 Billionen Schulden – Tendenz steigend. 26.2.2004
- [40] Das entspricht einem Zinssatz von 5,7% und ist damit recht hoch angesetzt. Über die von der Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH gehandelten Bundesobligationen erzielt der Staat auch günstigere Konditionen von nur ca. 3,5%.
- [41] Andreas Clauss: Vortrag Crashkurs Geld und Recht. 3. Anti-Zensur-Konferenz, Chur, Februar 2009.
- [42] <http://www.ddr-wissen.de/> und Jörg Meidenbauer: Lexikon der Geschichtsrüttümer. Piper, 2008.
- [43] Das ehemalige Mitglied des DDR-Volkammer Holger Fröhner, der auf DDR-Seite mit über die Wiedervereinigung abgestimmt hat, meint, dass Russland 123 Mrd DM erhalten hat. Die „Altschulden“ als Verlust würden sich auf rd. 400 Mrd DM belaufen, die dem Bund von verschiedenen Banken, der Deutschen Kreditbank/Deutsche Bank/Dresdner Bank (124,5 Mrd €), der Genossenschaftsbank Berlin (17,5 Mrd DM), der Berliner Stadtbank/Berliner Bank (11,5 Mrd DM), der Deutschen Handelsbank/BfG (6,5 Mrd DM), den Sparkassen der Volksbanken (10,5 Mrd DM) der Deutschen Außenhandelsbank/WestLB (7 Mrd DM) geliehen worden seien.
- [44] Paul C. Martin: Zahlmeister Deutschland. Langen-Müller/Herbig, München, 1991.
- [45] Michael Jürgs: Die Treuhändler –wie Helden und Halunken die DDR verkauften, Droemer-Knauer, 1998, und Unklare Verhältnisse im Fall Leuna. Financial Times Deutschland, 09.11.2009.
- [46] Jürgen Elsässer: Kennen Sie Ulrich Mix, den Würger von Quelle? info.kopp-verlag.de, 26.11.2009.
- [47] Karl Weiss: Wohin die Gelder ‚Aufbau Ost‘ flossen. karlweiss.twoday.net, 14.11.2009.
- [48] Ralf Prengel: Plünderlandverschwörung. PDF, <http://www.s-vd.de/>, 18.06.2009.
- [49] Gorbatschow antwortete 1990 in Dresden, er sei darüber sehr erstaunt

gewesen. Aus dem Nachlass des Russischdolmetschers Albrecht Nagorny.

[50] Report-ARD über die Wiedervereinigungslüge, ARD, 30.8.2008, sowie Constanza Paffrath: Macht und Eigentum, Dissertation, Uni Duisburg, 2008.

[51] Tabuzone Ost, Der Spiegel, 15/2004, S. 24 ff.

[52] Herbert Enkel: Der Weltgeldbetrug. 2007.

[53] Wilhelm Hankel: Die Euro-Lüge. 2008.

[54] Deutschland – EU-Rekord-Einzahlmeister. <http://www.mmnews.de/>, 8.9.2009.

[55] Anders als die PAZ 2003 schreibt die BZ nur von 10,4 Mrd € netto.

[56] Gerold Büchner und Bettina Vestring: Merkel erkaufte Gipfel-Erfolg. Berlin Online, 23.12.2005.

[57] Hans-Peter Richter: Fremde Militärstützpunkte in Deutschland. Deutscher Friedensrat, April 2006, <http://www.nema-online.de/FremdeBaseniD.pdf>

[58] www.defenselink.mil, 2008.

[59] Zum Vergleich: In einem Pentagon-Papier werden die Stationierungskosten für 67.000 Soldaten im Irak auf 14 Mrd \$ geschätzt. Jochen Bittner: Widerstand aus tausend Zellen. 12.08.2004.

[60] So bei Wikipedia zum Thema „Besatzungskosten“ im Mai 2008. Nach einer amerikanischen Quelle werden von Deutschland mit 0,922 Mrd € aber nur 21% übernommen. www.defenselink.mil

[61] www.regierung.oberpfalz.bayern.de

[62] Mainzer Allgemeine Zeitung, 8.7.2004.

[63] US-Streitkräfte geben Rhein-Main-Airbase endgültig auf. Financial Times Deutschland, 30.12.2005.

[64] Elmar Getto: Leipziger Flughafen wird Drehkreuz für Großwaffen- und Lufttransporte. Berliner Umschau, 6.12.2005.

[65] In ähnlicher Weise ist Italien betroffen. In Vincenza, 80 km westlich von Venedig, soll 2008 ein großer amerikanischer Militärstützpunkt für 4.000 Soldaten ausgebaut werden, und Italien will das mit einigen 100 Mio € finanzieren. Die Proteste der Bevölkerung vor Ort werden ignoriert. Kordula Doerfler: Vincenza kämpft gegen Ausbau der US-Militärbasis. <http://www.bazonline.ch/>, 05.10.2008.

[66] Dago Langhans, Washington, www.friedensbewegung.info.

[67] <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1077924106.php>, 28.2.2004

[68] <http://www.welt.de/>: Milliarden-Unterstützung für Afghanistan, 30.4.2004.

[69] Auswärtiges Amt: Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes, Bilanz 2003, www.auswaertiges-amt.de

[70] www.bundesfinanzministerium.de, 07.07.2006.

[71] Deutscher Bundestag, Drucksache 15/337.

[72] Lausitzer Rundschau, <http://www.lr-online.de/>, 24.03.2004.

[73] Markus Hinterberger: Ich-AGs polieren Gründerstatistik auf. Financial Times Deutschland, 1.4.2004.

[74] Alexander Dill: Lehman-Crash – Wie deutsche Banken das Desaster befördert haben. <http://www.spiegel.de/>, 15.9.2009.

[75] H.-J. Knipper, R. Langraf, M. Maisch: Indeskreteion nach Spitzentreffen. Handelsblatt, 24.2.2003.

[76] Jörg Asmussen: Verbriefung aus Sicht des Bundesfinanzministeriums. Kreditwesen, 19/2006.

[77] Prof. Dr. Hans-Joachim Selenz: Brandstifter Asmussen? <http://www.mmnews.de/>, 07.01.2009.

[78] Rechtsanwalt Dr. Volker Gallandi, Gornheimertal: Strafrechtliche Aspekte der Asset Backet Securities. Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht, 2, 13.2.2009, S. 41 ff.

[79] Utz Claassen: Wir Geisterfahrer. Murmann, Hamburg, 2009.

- [80] Ellen Hodgson Brown: Der Dollar Crash. Kopp, 2008, S. 567.
- [81] Jürgen Elsässer: Die gefährlichste Bank Deutschlands. Neues Deutschland, 08.10.2008.
- [82] Hans-Jürgen Maurus: Depfa – das schwarze Loch der Hypo Real Estate. <http://www.tagesschau.de/>, 31.10.2008.
- [83] Hans Weiss & Ernst Schmiederer: Asoziale Marktwirtschaft, Kiepenheuer&Witsch, Köln, 2004.
- [84] Beat Balzli: Teure Turbulenzen, Der Spiegel, 44/2003, S.100 f. Interessant, dass der Spiegel „KfW=Kreditanstalt für Wiederaufbau“ nicht ausschreibt. Die richtigen Assoziationen sollen wohl nicht geweckt werden.
- [85] Neues Deutschland online: Ein Ketchua gegen die WestLB, 8.7.03.
- [86] FTD: WestLB hat Boxclever verkauft, Die Welt online, 16.4.2004.
- [87] Die Welt, 24.6.2003, S. 9
- [88] Preußische Allgemeine Zeitung, Folge 28, 12.07.2003.
- [89] H.J. Selenz: Wildwest auf der Chefetage. Noch unveröffentlichtes Buch.
- [90] Die Welt, 25.8.2009, S.18.
- [91] Annika Joeres: Auf der Kippe. FR-Online, 03.01.2009.
- [92] Die Welt online, 16.11.2003.
- [93] Werner Rügerner: Vernichtungsinvestitionen. Junge Welt, 17.4.2004
- [94] Telekom/VoiceStream: US-Sicherheitsbehörden einverstanden. Heise online, 18.01.2001.
- [95] Lutz Frühbrodt: Teure Nummer. Ein zweifelhaftes Geschäft bei der Telekom. www.welt.de, 11.10.2006.
- [96] Albrecht Müller: Wie kommt man schnell zu Geld. www.nachdenkseiten.de, 1.12.2006.
- [97] Jarka Kubsova: Investoren klagen gegen das Land Berlin. Financial Times Deutschland, 4.6.2007.
- [98] Michael Grandt: Der ‚Finanzmassenmörder‘. info.kopp-verlag.de, bzw. : Der große Crash, ZDF, 10.9.2009.
- [99] Rolf-Herbert Peters: Kurz vor Schluss abkassiert. <http://www.stern.de/>, 11.12.2008.
- [100] Hinrichs Otto-Werner: Money makes the world go round -03, <http://www.readers-edition.de/>, 19.11.2009.
- [101] Derivatives take a Buffeting. <http://www.telegraph.co.uk/>, 8.3.2003.
- [102] Anne T.: Die Gier war grenzenlos. Econ, 2009, 2. Auflage, S.11.
- [103] Kontraste Magazin: Regierung will Ursachen der Finanzkrise verheimlichen. 13.2.2009. <http://www.youtube.com/watch?v=s5ulRFqZEsE&feature=related>
- [104] Streit um Kaupthin-Geld. <http://www.telebörse.de/>, 27.2.2009.
- [105] Anette Sydow: Die Schuldensammler. Die Welt online, 29.04.2005.
- [106] Die Welt, 7.5.2004, S. 23.
- [107] Christiane Cichy: Finanzkrise – Wie deutsche Banken Kreditnehmer in Bedrängnis bringen. MDR TV, 21.10.2008.
- [108] TV-Sendung „FAKT“ im Ersten Deutschen Fernsehen am 24.11.2008, www.mdr.de.
- [109] Regisseur Wim Wenders in einem Interview bei Phönix TV am 12.12.2003.
- [110] Matthias Kurp: Medienfonds als “Stupid German Money”, www.medienmaerkte.de, 5.2.2004.
- [111] Bund fördert Cruise-Film. www.n-tv.de, 5.7.2007.
- [112] D. Sterritt: The one serious subject Hollywood doesn't avoid. The Christian Science Monitor, 22.11.2002.
- [113] Richard Corliss: Beyond Holo-Kitsch. <http://www.time.com/>, 04.01.2009.
- [114] Thom Bennett: Jerry Lewis' “The day the clown cried revealed”, 14.3.2001.
- [115] Christoph Stein: Satt und depressiv. Telepolis, 30.5.2006.
- [116] Nach einer Nachricht von AP vom 23.9.2009 ist der deutsche Fahrzeugexport in die USA vom 1. Hj 2008 zum 1. Hj 2009 um 26,5% auf 27 Mrd

€ eingebrochen: $100 \times 27 / (100 - 26,6) \times 2 \text{ Hj} = 73,47 \text{ Mrd } \text{€}$.

[117] Karl Weiss: Die Legende vom Sparen, Berliner Umschau, 01.03.2006, www.rbi-aktuell.de

[118] Frank Seidlitz: Vodafone bittet den Steuerzahler zur Kasse. <http://www.welt.de/>, 3.12.2009.

[119] Hans Weiss und Ernst Schmiederer: Asoziale Marktwirtschaft, Kiepenheuer & Witsch, Köln, 2004.

[120] Ulrich Berger und Christoph Stein: Zwischen Baum und Borke. Telepolis, 05.07.2004.

[121] Matthias Thieme: Mobbing nach System – Steuerfahnder in Hessen kaltgestellt. <http://www.fr-online.de/>, 17.7.2009.

[122] politik-global.net, 05.01.2009.

[123] Steuerfahnder angeblich vom Psychiater kaltgestellt. AP, 11.7.2009.

[124] Frank Thewes: Fette Beute beim Fiskus. FOCUS Magazin 36/2004, S. 27.

[125] Fraport erhält 41,9 Millionen vom Bund, AP, 16.4.2008.

[126] Günther Ogger: Nieten in Nadelstreifen.

[127] Emmanuel Todd: Weltmacht USA. Ein Nachruf. Piper, München, 2004.

[128] Aus dem Wortlaut der Rede von Martin Hohmann zum Nationalfeiertag 2003, Website der Neuhofer CDU, 31.10.2003.

[129] Christian Jentsch: Und plötzlich ist das Haus weg – Wie Sparkassen die Kredite kleiner Leute verscherbeln. Dokumentation, ARD, 16.1.2008.

<http://sklaven-ohne-ketten.blogspot.com/2009/03/die-deutsche-ursache-der-weltweiten.html>

Verfasser nicht benannt, aber sehr gute Zusammenstellung

AC